

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 29
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
20. Juli 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Altkirchhof Post 2.
Fernruf: Amt Jannowitz 6246.

Geschäftsanzeigen werden nach Tarif berechnet.
Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile.
Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Der Holzarbeiter-Internationale zum Gruß!

Der Internationalen Union der Holzarbeiter gilt unser Gruß, den Vertretern der Holzarbeiter aller Länder, die sich zu ernster Beratung und zu freundschaftlichem Meinungs austausch am 25. Juli in Heidelberg zusammenfinden.

Auf deutschem Boden tagt diesmal der Kongress der Internationalen Union der Holzarbeiter. Zum zweiten Male hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband die Ehre, die ausländischen Delegierten als seine Gäste begrüßen zu können. Als im Jahre 1907 der internationale Kongress der Holzarbeiter in Stuttgart tagte, war die Internationale Union noch im Werden begriffen. Aus 14 Ländern waren ihr 24 Verbände mit 250 714 Mitgliedern angeschlossen, von denen 151 717 allein auf den Deutschen Holzarbeiter-Verband entfielen. In Heidelberg wird die Internationale Union 50 Verbände in 26 Ländern mit 1 025 299 Mitgliedern mustern. Sie hat sich also in der verfloßenen Zeit recht gut entwickelt. Dabei sind aber ihre Wachstumsmöglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft.

Der Heidelberger Kongress ist der siebente der Internationalen Union, die zugleich ihr 25jähriges Bestehen feiern kann. Begründet wurde sie auf dem Kongress in Amsterdam 1904. Der Ursprung unserer Berufsinternationale deutet auf die internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse. Wie die nationale Gewerkschaftsbewegung in fast allen Ländern ein legitimes Kind der sozialistischen Arbeiterbewegung ist, so führten auch die internationalen Sozialistenkongresse zum internationalen Zusammenschluß der Berufsverbände.

Im Jahre 1889 fand in Paris der internationale Sozialistenkongress statt, auf welchem die Zweite Internationale ins Leben gerufen wurde. An diesem Kongress nahm eine Anzahl deutscher Gewerkschafter teil; die deutschen Holzarbeiter hatten Karl Kloss mit ihrer Vertretung beauftragt. Auch aus anderen Ländern dürften Gewerkschaftsmitglieder am Kongress teilgenommen haben. Zu einer Versändigung auf beruflicher Grundlage kam es damals noch nicht. Aber der Gedanke, diese internationalen Kongresse als Gelegenheit zu benutzen, um die Vertreter der Gewerkschaften einander näherzubringen, dürfte in der Folge verschiedentlich erwogen worden sein.

Die Anregung, gelegentlich des im Jahre 1891 nach Brüssel berufenen zweiten internationalen Sozialistenkongresses einen Holzarbeiterkongress abzuhalten, ging von den belgischen Kollegen aus. Dieser erste internationale Holzarbeiterkongress fand auch statt. Ihm folgte, immer in Verbindung mit dem jeweiligen internationalen Sozialistenkongress, ein zweiter im Jahre 1893 in Zürich und ein weiterer 1896 in London. Zu einer dauernden Verbindung zwischen den Organisationen kam es aber nicht.

Erst vom Jahre 1899 an begannen sich persönliche Beziehungen anzubahnen, indem die Organisationen in Deutschland, Osterreich, Dänemark und der Schweiz gegenseitig Vertreter zu ihren Verbandstagen entsandten. Eine Auswirkung dieser Zusammenarbeit war der von Theodor Leipart erlassene Aufruf zur Beschickung eines internationalen Holzarbeiterkongresses, der dann am 12. und 13. August 1904 in Amsterdam tagte. Hier wurde die Internationale Union der Holzarbeiter gegründet und Leipart zu ihrem Sekretär ernannt. Daß die vor nunmehr 25 Jahren geschaffene Organisation Bestand hatte, daß sie sich entwickelte und ausbreitete, die Beziehungen so eng wurden, daß sie auch die Kriegstürme überdauerten, ist in erster Linie dem Wirken von Theodor Leipart zu danken.

Vor dem Kriege fanden die internationalen Holzarbeiterkongresse regelmäßig in Verbindung mit den internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongressen statt. Im Jahre 1907 in Stuttgart, 1910 in

Kopenhagen. Die Abhaltung des für 1914 nach Wien berufenen Kongresses hat der ausbrechende Krieg unmöglich gemacht.

Während des Weltkrieges hat sich Leipart bemüht, auf dem Wege über das neutrale Holland eine notdürftige Verbindung zwischen den Organisationen aufrechtzuerhalten. Gegen Ende des Jahres 1919 konnte dann wieder ein internationaler Kongress berufen werden. Dieser Kongress in Amsterdam war der erste, der nicht mehr in Zusammenhang mit einem Sozialistenkongress veranstaltet wurde.

Man hat dieser Zusammenkunft mit einer gewissen Sorge entgegengesehen, es zeigte sich aber, daß die Befürchtungen wegen einer Nachwirkung der Kriegspyhose nicht begründet waren. Allerdings wurde der, weniger auf dem Kongress als sonst in der Welt, herrschenden Antipathie gegen Deutschland Rechnung getragen durch eine Änderung des Sitzes des Internationalen Sekretariats. Da Leipart inzwischen von der Leitung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zurückgetreten war, hätte er den Posten des Sekretärs ohnehin niedergelegt. Diese Funktion wurde nun dem Kollegen Woudenberg, dem Vorsitzenden des Holländischen Möbelarbeiter-Verbandes, übertragen. Daß der Kongress eine glückliche Wahl getroffen hat, zeigt die nunmehr zehnjährige Amtsführung durch Woudenberg. Nur mit Bedauern hat man davon Kenntnis genommen, daß er jetzt von seinem Posten zurücktritt, weil er als Sekretär in die Leitung der holländischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei berufen worden ist.

Nach Amsterdam haben noch internationale Holzarbeiterkongresse stattgefunden 1922 in Wien und 1925 in Brüssel. Auf diesen beiden Kongressen wurde viel Zeit geopfert für Auseinandersetzungen über das Verhältnis zu der kommunistischen „Roten Gewerkschafts-Internationale“ und dem Moskauer „Internationalen Propaganda-Komitee der revolutionären Holzarbeiter“. Es wäre zu wünschen, daß die Zeit in Heidelberg für bessere Zwecke verwandt würde.

Die Internationale Union der Holzarbeiter bietet Raum für die Holzarbeiterorganisationen aller Länder. Voraussetzung ist, daß sie sich den Satzungen der Internationalen Union unterwerfen und die Taktik und die Methoden des Internationalen Gewerkschaftsbundes anerkennen. Diese Anerkennung wird von den der Moskauer Internationale angeschlossenen Organisationen abgelehnt. Die Moskauer Internationale ist ein Organ der in Rußland herrschenden kommunistischen Partei, die bestrebt ist, die Gewerkschaften aller Länder dem Moskauer Imperialismus dienstbar zu machen. Wir können es niemand wehren, sich in den Dienst Moskaus zu stellen. Aber wer das tut, muß auch die Konsequenzen ziehen. Es geht nicht an, gleichzeitig der Internationalen Union und ihrem grimmigsten Gegner anzugehören, wenn sie in der gemeinsten Weise bekämpft und mit Schmutz bewirft.

Neben den Formalien und der Wahl des Sekretärs, der diesmal eine besondere Bedeutung zukommt, weil dabei zugleich über eine eventuelle Sitzverlegung des Sekretariats entschieden wird, steht als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung des Heidelberger Kongresses ein Referat über die Unfallverhütung in der Holzindustrie. Hierbei handelt es sich um eine Frage von unmittelbarem Interesse für alle angeschlossenen Organisationen. Die außerordentlich gefährlichen Maschinen für die Holzbearbeitung finden in allen Ländern steigende Verbreitung, und der Kampf gegen die Unfallgefahren wird damit zu einer immer wichtigeren Aufgabe der organisierten Holzarbeiter.

Angesichts des 25jährigen Bestehens der Internationalen Union ist die Frage berechtigt, ob sie der Aufgabe, die sie sich gestellt hat, gerecht wird. Sie selbst bezeichnet im Statut als ihren Zweck, die gewerkschaft-

lichen Organisationen der Holzarbeiter aller Länder in einem starken internationalen Verbande zusammenzufassen und zu fördern, um die ökonomischen und sozialen Interessen aller Holzarbeiter zu wahren, die internationale Solidarität der Arbeiterklasse mit allen Kräften zu stärken und überall den Kampf zu führen gegen den Imperialismus und Militarismus, damit der Kapitalismus beseitigt und durch die Gemeinwirtschaft ersetzt werde.

Von der Erreichung dieses hochgesteckten Zieles ist unsere Internationale Union noch weit entfernt. Aber sie hat in den verfloßenen Jahren nicht vergeblich gewirkt. Nicht durch das Entwerfen phantastischer Pläne zur Eroberung der Welt, sondern durch ruhige, nützliche Arbeit, die ohne die letzten Ziele aus dem Auge zu verlieren, Schritt für Schritt vorwärtsschreitet und ihr Handeln den gegebenen realen Verhältnissen anpaßt.

Das Proletariat, die Masse der beschloßenen Arbeiter, kann nur Einfluß gewinnen durch die Macht der Organisation. Wie klein und unscheinbar waren die Anfänge unseres eigenen Verbandes. Zunächst gab es nur in wenigen Orten eine geringe Zahl organisierter Berufsgenossen. Sie verbanden sich, um ihre Kraft zu stärken; sie streuten den Samen aus und er ging auf. So haben wir schließlich das ganze Land mit einem dichten Netz von Verwaltungsstellen überzogen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kollegenschaft wurde geweckt und gestärkt. Die Mitglieder unseres Verbandes in Ost und West, in Nord und Süd fühlen sich als Angehörige einer einheitlichen Organisation, die sie hegen und pflegen, weil sie wissen, daß der Verband sie schützt und ihnen beisteht im Kampfe zur Besserung ihrer Wirtschaftslage. Es hat langer Jahre bedurft, um unseren Verband zu seiner heutigen Größe aufzubauen. Unermüdlige Arbeit und die Zuversicht in das Gelingen unseres Wertes haben uns soweit gebracht, und mit diesen Kräften werden wir auch die Berufsangehörigen der Organisation zuführen, die ihr noch fernstehen. So wirken wir in unserem Lande und so wünschen wir, daß in allen Ländern für die Ausbreitung der Organisation gearbeitet werde.

Die Aussichten für den Erfolg sind nicht überall gleich. Die internationale Solidarität verpflichtet uns, den Schwachen zu helfen, ihnen mit Rat und Tat beizustehen. Die Internationale Union pflegt die Verbindung zwischen den Kollegen in den verschiedenen Ländern. Durch sie werden Erfahrungen ausgetauscht. Sind es auch nur verhältnismäßig wenige, die in fremde Länder ziehen, um dort ihr Brot zu erwerben, so wissen die Auswanderer doch, daß sie auch in der Fremde Brüder finden, die sich ihrer kameradschaftlich annehmen.

Die Internationale Union der Holzarbeiter ist ein Glied in der Kette der internationalen Berufsorganisationen, die schon durch ihre Existenz dem Chauvinismus, dem Völkerverhaß entgegenwirken. Die internationale Gewerkschaftsbewegung ist eine Friedensbürgschaft, die um so erfolgreicher funktioniert, je stärker die angeschlossenen Organisationen und je enger die Beziehungen sind, die sie miteinander verbinden.

Und so begrüßen wir den Internationalen Holzarbeiterkongress, so entbieten wir den Gruß des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes all den Kollegen, die aus dem Ausland kommen, um mit uns auf deutschem Boden für das Wohl der Holzarbeiter aller Länder zu wirken. Möge in Heidelberg das schöne Band der internationalen Arbeiter-Solidarität eine weitere Stärkung erfahren. Das ist unser Wunsch für die Jubiläumstagung der Internationalen Union der Holzarbeiter.

Sinnvolle Agrarpolitik.

Von Hans Wilbrandt.

In einer großen Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben herrscht eine schwere Notlage, aber im allgemeinen ist die deutsche Landwirtschaft durchaus nicht in ihrer Existenz bedroht. Die Kaufkraft und das Einkommen der Landwirtschaft sind aber im ganzen nicht entsprechend der Geldentwertung gestiegen. Die wichtigste Aufgabe einer sinnvollen Agrarpolitik muß es daher sein, Kaufkraft und Einkommen der deutschen Landwirtschaft systematisch zu steigern, um dadurch den Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu heben, den Absatz von industriellen Waren in die Landwirtschaft zu fördern und dadurch eine große Zahl von städtischen Arbeitslosen in die Produktion wieder einzuschalten.

Eine solche Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft kann weder durch Steuererleichterungen, noch durch Kredit- oder Zinsniederschlagungen, noch durch Zölle in befriedigendem Ausmaße erreicht werden. Das meiste zur Behebung landwirtschaftlicher Nöte vorgeschlagene und immer wieder durchgeführte Mittel der Agrarzollerhöhungen kann die Lage der Landwirtschaft nicht entscheidend bessern. Wenn sich die Agrarzölle voll auswirken, so bedeutet das eine Erhöhung des Preises für die agrarischen Erzeugnisse, aber gleichzeitig natürlich auch eine Belastung der Konsumenten, also nur eine Verschiebung von Kaufkraft der städtischen Bevölkerung in Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Wenn die städtische Bevölkerung durch Verteuerung wichtiger Lebensmittel für ihre Ernährung mehr ausgeben muß als vor einer Zollerhöhung, so kann sie eben nur weniger für andere Bedarfsartikel ausgeben, d. h. ihr Lebensstandard sinkt, während der Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch vermehrte Einnahmen steigt.

Wären in der Landwirtschaft alle wirtschaftlich möglichen technischen Erfindungen und Fortschritte des letzten Jahrhunderts und besonders der letzten Jahrzehnte angewendet, so gäbe es allerdings, um die Kaufkraft der Landwirtschaft zu erhöhen, kein anderes Mittel als eben eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, also eine Erhöhung des ländlichen Lebensstandards auf Kosten des städtischen Lebensstandards. In Wirklichkeit sind aber in der Landwirtschaft in der Produktion sowohl als auch im Absatz noch ungeheure, bisher kaum ausgeschöpfte Rationalisierungsmöglichkeiten vorhanden, die es auch ohne eine Preiserhöhung, also ohne Belastung des städtischen Verbrauchers ermöglichen, die Kaufkraft der Landwirtschaft zu steigern, und zwar zu steigern in einem Ausmaße, das weit über alles das hinausgeht, was der Landwirtschaft auch durch die höchsten Zollerhöhungen, ferner durch Zins- und Steuerniedererschlagungen jemals gegeben werden könnte.

Das letzte Jahrhundert hat durch technische Erfindungen eine völlige Umwälzung in die Landwirtschaft gebracht. Die Anwendung von Kunstdünger, der Anbau ertragreicher Sorten, verbesserte Bodenbearbeitung mittels Maschinen usw., alles dies hat ermöglicht, die landwirtschaftliche Produktion sehr stark zu steigern, und zwar unter Verbilligung der Kosten. Auch in der Viehwirtschaft sind entscheidende Verbesserungs- und Verbilligungsmöglichkeiten der Produktion gefunden worden. In erster Linie durch eine systematische Erforschung der Fütterung von Rindvieh, Schweinen und Hühnern, ferner aber auch durch verbesserte Seuchenbekämpfung und wichtige Fortschritte in der Zucht. Hatten z. B. die Kühe vor einem Jahrhundert eine Milchleistung von durchschnittlich allerhöchstens 1000 Liter pro Kuh im Jahr, so haben wir heute in Deutschland eine Rekordzahl mit 13000 Liter Milchleistung. Auch hier geht die Steigerung der Leistung unter einer Verbilligung der Kosten vor sich. Es wäre jedoch sehr verfehlt, anzunehmen, daß die agrartechnischen Fortschritte des letzten Jahrhunderts bereits voll in die Praxis umgesetzt sind. Nur in einem ganz geringen Teil von landwirtschaftlichen Betrieben sind diese Fortschritte bisher in mehr oder weniger großem Umfange angewandt. Der überwiegende Teil der deutschen Landwirtschaft und vor allem der bäuerlichen Landwirtschaft hat sich aber diese Fortschritte bisher noch nicht in dem Maße zu eigen machen können, weil es an der notwendigen Fachausbildung fehlte. Der Leiter eines Großbetriebs hatte auch früher schon die Möglichkeit, sich die zu seinem Beruf notwendigen Fachkenntnisse auf landwirtschaftlichen Hochschulen anzueignen. Für die so notwendige bäuerliche Ausbildung wurde dagegen vor dem

Kriege so gut wie nichts getan. Erst der neue Staat hat, soweit es ihm seine Mittel gestatten, begonnen, das landwirtschaftliche Schulwesen energisch auszubauen. So wurden in Preußen für landwirtschaftliche Schulen ausgegeben: im Jahre 1918 1,15 Millionen Mark, 1927 aber 4,4 Millionen Mark. Die Zahl der Schulen und auch der Schüler konnte mehr als verdoppelt werden. Aber damit noch lange nicht genug. Es muß auf diesem Gebiete noch wesentlich mehr geschehen, denn es gibt keine ertragbringendere Kapitalanlage als eine systematische Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben und dabei zu verbilligen.

Weltherrschaft der Arbeit.

Gesandte vieler Länder, mancher Kontinente, reicht euch in dieser Stadt in Bruderschaft die Hände.

Du Freund, Genosse aus Ontario, wo scharf der Nordwind aus den Wäldern Kanadas um deine Werkstatt, um Fabriken fegt; du Freund aus Melbourne, Sidney, Adelaide, wo hell und sommerrein die frische Luft in deine Sägespäne weht; du Freund aus der Gascogne, Frankreichs goldner und schelmhafter Au', wo einst Gargantua und Pantagruel auf deine Hobelbank im Übermut lachten; du Freund aus Wales und Schottland, wo die schweren grauen Nebel hundertsiebzig Tage dir die Sonne stehlen und der Whisky mundet; du Freund aus Afrika, aus Freetown, Lobito und Mombassa, wo aus Jahrhundert alter Knechtschaft sich dein Bruder löst und solidarisch dem „damned Nigger“ in USA. die Hand, die hilfsbereite, reicht und der Gemeinschaft sieghaft Banner über beide Kontinente weht; du Freund und Volksgenosse aus der Mark, aus Sachsen, Schwaben, Hessen: ihr alle, alle — seid willkommen hier in dieser Stadt!

Uns eint ein Ziel, bindet ein Wille, und ein gemeinsam Werk ist uns Triumph!

Denn ob Ontario, Melbourne und Lagos unsere Heimat ist: Grenzen, Meere können uns nicht trennen. Überall rauschen Wälder: die Urväter unserer Arbeit. Überall knirschen Kreissägen, pfeifen Hobel, fliegen Späne, sickert Sägemehl, überall klingen Axte, rattern Fräsmaschinen — und überall bauen den Menschen wir Stätten, wo sie ruhen, schlafen, träumen und zeugen.

Unser Werk ist verbindend durch Generationen, schweisst Anfang und Ende zusammen:

das Kind und der Mann, das Mädchen, die Frau, der Jüngling, der Greis: sie alle, alle sind gebunden in unserem Schaffen... Denn was wäre die menschliche Gemeinschaft ohne das Gebälk des schützenden Hauses, ohne den Tisch, den Stuhl und die Bettstatt?

Ist sie nicht Sinnbild alles Lebens, das sich rundet und fruchtbar erfüllt? Und die gleichen Gesetze gebieten in den United States, im alten Europa, im kräftezitternden Afrika und im unerschlossenen, meerumblauten Australien.

Darum, Gesandte vieler Länder, mancher Kontinente, reicht euch in dieser Stadt in Bruderschaft die Hände: Ein gleicher Weg, ein gleiches Ziel, dieselbe Hoffnung und dieselbe Kraft läßt uns die Zukunft zwingen!

Noch sind wir nicht die Herren unseres Werks, Maschinen, Wälder und Fabriken sind noch Besitz der Klasse, die unsere Hände kauft ums nackte Brot, das sie uns reicht. Aber wir alle — Millionen! — wir wollen das gleiche und eine: uns soll gehören das Werkzeug, das wir lieben, die Maschinen, die wir bändigen — Herr und Diener zugleich.

Vereinzelt sind wir Spreu im Wind, gesammelt aber werden einst wir sein die Macht — zu regieren das Werk, seine Früchte zu ernten und zu teilen mit allen Brüdern, die schaffend dienen wie wir!

Kurt Offenburg.

erfolgen, der Landwirtschaft also infolge Unkostensparnis und Mehreinnahmen eine Erhöhung der Rentabilität um nicht viel weniger als eine Milliarde Mark bringen.

Ähnlich große Rationalisierungserfahrungen sind bei der Schweinemast und bei der Eierzeugung vorhanden. Im allgemeinen werden die Schweine in Deutschland viel zu eiweißarm gefüttert, wodurch die Ausnutzung des Futters eine sehr schlechte ist. Durch verbesserte Fütterungsmaßnahmen läßt sich die Erzeugung von Schweinefleisch in Deutschland sicherlich um etwa 300 Millionen Mark verbilligen. Auch bei der deutschen Hühnerhaltung kann durch Steigerung der Begeisterung pro Huhn durch Zuchtmaßnahmen die Produktion um mindestens 5 Pf. pro Ei, d. h. für die ganze Eierzeugung können die Produktionskosten um ebenfalls 200 bis 300 Millionen Mark gesenkt werden.

Senkung der Produktionskosten ist aber für die Landwirtschaft gleichbedeutend mit Erhöhung der Preise, denn beides bringt erhöhte Rentabilität, Verbesserung des Lebensstandards und Erhöhung der Kaufkraft. Eine auf diesem Wege erreichte Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft hat aber vor der durch Zollerhöhungen bewirkten Kaufkraftsteigerung den Vorzug, daß sie nicht die städtische Verbraucherschaft belastet, daß sie im Gegenteil zu einer Verbrauchssteigerung bei steigendem städtischem Einkommen anregt. Es ist keine Frage, daß gerade die Rationalisierung der Milch- und Eierzeugung, der Schweinemast und der Eierproduktion innerhalb von ganz wenigen Jahren durchgeführt werden kann, wenn man für ihre Durchführung größere (im Verhältnis zum Erfolg kleine) Mittel von Reichs wegen zur Verfügung stellt. In zwei bis drei Jahren könnte ein solches großzügiges Rationalisierungswerk, das durch Zölle nie erreicht werden kann, in vollem Gange sein. Die Sozialdemokratie hat gerade

bei den jetzt beendeten Kollkämpfen im Reichstag ausdrücklich betont, daß sie für solche Rationalisierungsbestrebungen der Landwirtschaft bereit sei, größere Reichsmittel zu bewilligen. Auch in anderen politischen Parteien muß die Erkenntnis eines Tages reifen, daß eine wirkliche gesunde Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft, ein Ausblühen der Landwirtschaft und der Industrie verbunden mit Verbesserung der Lebenshaltung der städtischen und ländlichen Bevölkerung, nicht durch Zollmaßnahmen, sondern nur durch eine gesunde, produktionsfördernde Agrarpolitik, wie sie hier kurz umrissen wurde, erreicht werden kann.

Um die Arbeitslosenversicherung.

Der vom Reichsarbeitsminister einberufene Ausschuß zur Beratung einer Reform der Arbeitslosenversicherung ist am 2. Juli zusammengetreten. Die Beratungen sind streng vertraulich. Nach einer amtlichen Mitteilung hat sich der Ausschuß bisher mit der herkömmlichen Arbeitslosigkeit, mit dem Verhältnis zwischen Beiträgen und Leistungen sowie mit den Begriffen Arbeitslosigkeit, Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit und den Fragen der Höhe und Dauer der Unterstützung beschäftigt. Aber das Ergebnis der Beratungen sagt diese Rundgebung nichts.

Inzwischen ist aber bekannt geworden, daß die Deutsche Volkspartei als die parlamentarische Vorführerin der Industriellen einen Sturm auf gegen die Arbeitslosenversicherung vorbereitet, der, wenn er durchgeführt wird, weittragende politische Folgen haben kann. Die Reichstagsfraktion der Volkspartei hat in einer Entschlüsselung ihr Aktionsprogramm für die Herbsttagung festgelegt. Kurz zusammengefaßt besagt dieses Programm: Abbau der Arbeitslosenversicherung und Senkung der Vermögenssteuern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese volksparteiliche Auffassung in den anderen bürgerlichen Parteien auf starke Sympathien stößt, andererseits aber von der Sozialdemokratischen Partei entschieden abgelehnt wird. Die Annahme der im Sinne der volksparteilichen Entschlüsselung gehaltenen Anträge muß also zum Rücktritt der Reichsregierung führen und daraus würden sich dann weitere Konsequenzen ergeben. Die Herbsttagung des Reichstages läßt folgenreiche Entscheidungen erwarten.

Die Kurzarbeiterunterstützung.

Die Geltungsdauer der Anordnung über Kurzarbeiterunterstützung vom 30. Oktober 1928 war bis zum 30. Juni befristet. Durch eine neue Anordnung des Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 18. Juni wird die Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 1929 verlängert.

Es ist keine Frage, daß die deutsche Landwirtschaft bei richtiger Ausbildung der Landwirte und entsprechender Anwendung moderner Technik die Lebensmittelversorgung ziemlich restlos selbst in die Hand nehmen könnte, das heißt, daß sie die Produktion um mindestens 1,5 bis 2,5 Milliarden Mark steigern und dadurch Deutschland von der Einfuhr fremder Lebensmittel befreien könnte. Es ist weiter keine Frage, daß die deutsche Landwirtschaft auch bei steigendem Lebensstandard der städtischen Bevölkerung, d. h. bei wachsender Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen — Eiern, Milch, Butter, Käse, Fleisch usw. — diese ziemlich restlos ebenfalls selbst erzeugen könnte. Das würde eine wirkliche echte Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft um ganz enorme Summen bedeuten. Bei dem schlechten Bildungsstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist allerdings insbesondere für Getreide und andere Ackerfrüchte eine schnelle Ertragssteigerung und eine daraus resultierende Einkommenserhöhung der Landwirtschaft nicht zu erwarten. Jede verbesserte Schulung kann sich erst im Laufe von Jahren oder Jahrzehnten voll auswirken, was aber nicht bedeuten soll, daß man deswegen der Schulung geringeres Gewicht beilegen soll, sondern daß man eben wegen der langsamen Wirkung überhaupt nicht früh genug den Aufwand für das landwirtschaftliche Schulwesen steigern kann.

Aber es gilt ja nicht nur für die Zukunft das landwirtschaftliche Einkommen zu erhöhen, sondern für die Volkswirtschaft wie für die Landwirtschaft ist es wichtig, möglichst bald eine echte, d. h. nicht durch Zölle bewirkte, Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft zu erreichen. Auch hierzu gibt es Möglichkeiten. Nicht bei allen produktionsfördernden und produktionsverbilligenden Maßnahmen in der Landwirtschaft ist nämlich eine gründliche Fachausbildung des einzelnen Landwirts die unbedingte Voraussetzung, so insbesondere bei der Milchproduktion, ferner bei der Schweinemast und auch bei der Hühnerhaltung. Während die Milchleistung der deutschen Kühe im Durchschnitt etwa 2100 Liter beträgt, geben richtig gefütterte Kühe durchschnittlich etwa 3 bis 4000 Liter. Bei steigender Leistung verbilligt sich aber die Milchproduktion ganz entscheidend, da die Erhaltungskosten für eine Kuh ziemlich gleich hoch sind, ganz gleich, ob die Kuh viel oder wenig Milch gibt. Die für die Milchherzeugung zusätzlichen Futterkosten sind aber sehr gering. So kostet bei einer Milchproduktion von 2000 Liter die Erzeugung eines Liters Milch schätzungsweise um mindestens 10 Pf. mehr als bei der Erzeugung von 3600 Liter Milch. Durch Steigerung der Milchleistung der Kühe läßt sich also nicht nur die Milchproduktion erhöhen und dadurch die Einfuhr von Mollereiprodukten in Höhe von 500 Millionen Mark erübrigen, sondern diese erhöhte Produktion kann mit einem verringerten Rindviehbestand und unter Senkung der Produktionskosten

Jubiläum des Scharfmacherverbandes.

Der „Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereines deutscher Eisen- und Stahlindustriellen“ hat am 1. Juli sein 25jähriges Jubiläum gefeiert. Seine Jahresversammlung in Düsseldorf wies eine große Zahl von Ehrengästen auf. Die bei dieser Gelegenheit gehaltenen und für die große Öffentlichkeit bestimmten Reden waren ein Hohes Lied auf das Unternehmertum, dessen scharfmacherische Richtung in der Leitung der Nordwestdeutschen Gruppe die prominentesten Vertreter hat. Die Herren haben Ende vorigen Jahres die Aufmerksamkeit aller Welt auf sich gelenkt durch die brutale Aussperrung einer Viertelmillion Arbeiter. Die Industriekapitäne haben damals der Reichsgewalt den Krieg erklärt, um ihr die Macht des Unternehmertums zu demonstrieren.

Wenn man jetzt Herrn Poensgen in seiner Eröffnungsrede der erwähnten Tagung hört, dann erfährt man mit Erstaunen, daß nicht etwa brutaler Unternehmerübermut diese Erschütterung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens hervorgerufen hat, sondern die Scharfmacher haben diesen Kampf schweren Herzens führen müssen, weil sie die „unheilvolle Beeinflussung der Wirtschaftsführung durch Gewerkschaften und Schlichtung nicht weiter mitmachen konnten, ohne die gesamte Wirtschaft auf das äußerste zu gefährden“.

In der Vorkriegszeit haben die Scharfmacher es abgelehnt, die Gewerkschaften anzuerkennen und Tarifverträge mit ihnen abzuschließen. Diese Stellung der Unternehmer ergab sich aus dem „alles verneinenden Standpunkt der Gewerkschaften dem Staat und der Wirtschaftsführung gegenüber“. Nach dem Kriege kam die Arbeitsgemeinschaft, sie wurde von den Gewerkschaften gekündigt und ist auf das Niveau einer Tarifgemeinschaft herabgesunken. Sie hat es nicht vermocht, „durch Vereinbarungen die Arbeitsbedingungen im Sinne einer vernünftigen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu gestalten“. In den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft sind eben immer die Gewerkschaften das Karnickel, das angefangen hat.

Herr Poensgen schloß seine Rede mit dem frommen Wunsch: „Nur wenn die Gewerkschaften sich zu einem ehrlichen Verzicht auf Diktaturgelüste und unparitätische Machtmittel entschließen und dem Unternehmer das Seine geben, wie er ihnen das Ihrige gibt, nur dann wird sich jene echte Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden herausbilden, die von uns Unternehmern gewünscht wird.“ Das ist das Bekenntnis einer schönen Unternehmerseele. Der Unternehmer ist der geborene Herrscher, er denkt und sorgt für die Arbeiter, diese haben nichts zu tun, wie zu gehorchen. Sie müssen darben, um den Reichtum der Unternehmer zu mehren. Sollten sie wagen, unbotmäßig zu werden, dann schwingt der Herr die Peitsche über seine Sklaven. Ein schöner Traum, aber er wird nie in Erfüllung gehen.

Was eigentliche Loblied auf den Unternehmer zu singen, der das vorwärtstreibende Element der Wirtschaft ist, war der Professor Salin aus Basel gewonnen worden. Der Unternehmer ist für die Wirtschaft unentbehrlich. „Unter dem Druck der Reparationen werden alle öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in der nächsten Zukunft entweder von Unternehmern geführt sein oder sie werden keinen Bestand haben.“ Angesichts der Tatsache, daß die großen Unternehmungen immer mehr in die Gesellschaftsform übergeführt werden, deren Leitung nicht in der Hand des Besitzers liegt, sondern bezahlten Angestellten übertragen ist, war dieses Loblied auf die Person des Unternehmers doch etwas starker Tabak. Der Geschäftsführer der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, Regierungspräsident a. D. Brauweiler, fühlte sich daher genötigt, die Bedeutung des Unternehmertums in der deutschen Wirtschaft zahlenmäßig zu belegen. An der Hand von Daten aus der letzten Betriebszählung suchte er den Nachweis zu führen, daß „zahlenmäßig die Bedeutung des freien selbständigen Unternehmers gegenüber dem angestellten Betriebsleiter bedeutend größer sei, als allgemein angenommen werde“. Auch wenn man die kleinen Betriebe ausschalte und nur Betriebe mit mehr als 20000 Mk. Betriebsvermögen in Betracht ziehe, dann stünden rund 150000 selbständigen Privatbetrieben nur rund 17000 Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Kommanditgesellschaften gegenüber.

Diese Beweisführung ist etwas bequem. Die in Düsseldorf versammelten Industriekapitäne werden den kleinen Pönscher mit 20000 Mk. Betriebsvermögen wohl kaum als ebenbürtig ansehen. Interessanter wäre vielleicht das Ergebnis einer Rechnung, welche die Betriebsvermögen aller Unternehmungen zusammenzählt und dann feststellt, welcher Teil des gesamten Betriebsvermögens auf Unternehmungen entfällt, die in gesellschaftlicher Form betrieben werden. Im Grunde ist aber das nicht das entscheidende. Der Generaldirektor der großen Aktiengesellschaft, der zwar nur Angestellter, wenn auch ein oft mit mächtigen Summen entlohnter Angestellter ist, nimmt es an Selbstbewußtsein und Herrschsucht mit jedem Privatunternehmer auf, und er übertrifft ihr darin auch meist. Die Direktoren und Generaldirektoren, die an der Jubiläumstagung teilnahmen, können dafür als vollgültige Beispiele gelten.

Das in diesen Generaldirektoren verärgerte Unternehmertum erstreckt, wie es Herr Poensgen deutlich zum Ausdruck brachte, eine Arbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften, aber eine Gemeinschaft in der Art, wie sie der alte Römer als societas leonina, eine Gemeinschaft mit Löwen, bezeichnete. Eine Gemeinschaft, bei der der eine, nämlich der

Unternehmer, alle Rechte, der andere, der Arbeiter, alle Pflichten hat. Für eine solche Gemeinschaft fehlt uns das Verständnis. Dant der Gewerkschaften ist die Arbeiterschaft auf dem Wege, sich die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen. Und wir werden dieses Ziel trotz aller Hindernisse auch erreichen.

Aus der Klavierindustrie.

Der Klavierindustrie geht es schlecht und der kürzlich veröffentlichte Jahresbericht des Verbandes deutscher Pianofortefabrikanten ist daher ein einziges Klagegedicht. Die Mitgliederzahl ist zurückgegangen. Im Juni 1928 zählte der Verband 199 Firmen mit 11500 Arbeitern, im Juni 1929 waren es nur noch 182 Firmen mit 9647 Arbeitern. Sehr geklagt wird, daß es nicht möglich gewesen sei, die durch die Kalkulation bedingte Preiserhöhung durchzusetzen. Der Verband übt zwar keinerlei Einwirkung auf die Preisbildung aus, er hat aber doch ein Kalkulationsschema ausgearbeitet, das die Möglichkeit bietet, mit geringer Mühe die Selbstkosten zu berechnen. Aber es wird nicht genügend benutzt.

Die Herstellungskosten haben durch die eingetretene Lohnerhöhung eine weitere Steigerung erfahren. Der Kalkulationslohn sei von 121 Pf. am 21. Mai 1928 auf 129 Pf. am 1. Oktober gestiegen. Der Bericht legt auf diese Feststellung ganz besonderen Wert. Er erwähnt allerdings auch die Tatsache, daß die geringe Ausnutzung der Betriebe die Untkosten verteuere. Angesichts der Bemühungen, die gewiß nicht besonders starke Lohnsteigerung für die Steigerung der Herstellungskosten verantwortlich zu machen, erscheint eine andere Stelle des Berichtes interessant. Hiernach hat sich die Verkaufsstelle für Klavierbestandteile G. m. b. H. in Hagen aufgelöst; seitdem werden die bisher von ihr syndizierten Bestandteile zu wesentlich niedrigeren Preisen verkauft. Umgekehrt haben die Fabrikanten für Messingscharniere ihre bisherige Preisconvention in ein Syndikat umgewandelt mit der Wirkung, daß sich alsbald eine Preiserhöhung bemerkbar machte. Solche Preissteigerungen durch Syndikate werden nicht nur in der Klavierindustrie, sondern in der ganzen kapitalistischen Welt gottergeben hingenommen, desto größer ist aber die Entrüstung, wenn die Arbeiter eine Lohnerhöhung fordern und durchsetzen.

Wie gering der Einfluß der Lohnsteigerung auf die Preisgestaltung der Klaviere ist, haben wir übrigens in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ an Hand konkreter Beispiele nachgewiesen. Es sind dort Angaben gemacht, die sich auf drei bestimmte Fabriken beziehen. In der einen hätte die von 1913 bis März 1928 eingetretene Lohnerhöhung eine Preissteigerung um 26 Prozent gerechtfertigt, tatsächlich ist aber der Preis um 88,9 Prozent erhöht worden. In der anderen Fabrik ist der Preis statt um 22,4 Prozent um 109,3 Prozent erhöht worden; in der dritten statt um 25,6 Prozent um 142,9 Prozent. Die Preissteigerung bedingt vermutlich nicht eine gleiche Steigerung des Gewinns, die Rechnung beweist aber, daß es ganz ungerechtfertigt ist, die höheren Preise mit den gestiegenen Löhnen zu begründen.

Der Rückgang der Produktion und des Exports ist eine Erscheinung, von der nicht nur Deutschland betroffen ist. Die Weltproduktion an Pianos ist von 612900 im Jahre 1913 auf 482765 im Jahre 1928 zurückgegangen. Von diesen wurden im Jahre 1913 101153, im Jahre 1928 aber nur 58245 exportiert. Für Deutschland lauten die entsprechenden Zahlen: Im Jahre 1913 wurden 140000 produziert, davon 76463 exportiert; im Jahre 1928 wurden 85400 Instrumente hergestellt und davon 35600 exportiert.

Der Bericht schließt mit einem Ausdruck der Befriedigung darüber, daß die Industrie von manchen Betrieben befreit wurde, die nur der ungesunden Inflationkonjunktur ihre Existenz verdanken. Er sieht auch bereits den berühmten Silberstreifen am Horizont: „Nach dem so die Produktion allmählich in ein angemessenes Verhältnis zum Bedarf

kommt, glauben wir auch die ersten Anzeichen einer Besserung der Geschäftslage bereits feststellen zu können.“

Gleichzeitig mit dem Bericht der genannten wirtschaftlichen Organisation der Klavierfabrikanten wird auch der Bericht der sozialpolitischen Organisation, des Reichsverbandes der Klavierindustrie, veröffentlicht. Hier wird der Verhandlung über den Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe gedacht, bei welchem der Arbeitgeberverband für einen Lohnabschlag von 12 Prozent für die Klavierindustrie eintrat. Die Anstrengungen waren zwar erfolglos, gleichwohl wird dem Arbeitgeberverband der wärmste Dank für seine Bemühungen ausgesprochen. Dieser Dank wird vom Arbeitgeberverband mit um so größerer Befriedigung quittiert werden, als er sonst nicht viel Anerkennung geerntet hat. Daß der Bericht ein Klagegedicht über die Lohnbildung und die Gestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung braucht kaum besonders erwähnt zu werden, das gehört zum Wesen der Arbeitgeberverbände.

Von der üblen Lage der Klavierarbeiter zeugt eine dem Bericht beigegebene Beschäftigungsstatistik. Hiernach können in den Verbandsbetrieben 16850 Arbeiter beschäftigt werden. Die Zahl der beschäftigten Vollarbeiter, d. h. umgerechnet in je 300 Arbeitstage, betrug aber 1926 nur 9385; sie stieg 1927 auf 11502, um 1928 auf 9647 zurückzugehen. Eine Monatsübersicht von Januar 1928 bis Mai 1929 zeigt einen fast ununterbrochenen Rückgang. Im Januar 1928 waren 11309 Arbeiter beschäftigt, infolge Kurzarbeit wurden aber nur 259388 Arbeitstage geleistet. Der Januar 1929 weist 9620 Arbeiter mit 215760 Arbeitstagen aus. Im April 1928 leisteten 9815 Arbeiter 212020 Arbeitstage, im April 1929 7832 Arbeiter nur noch 160800 Arbeitstage. Weil so viele Klavierarbeiter arbeitslos sind und verkürzt arbeiten, glauben die Unternehmer gerecht zu handeln, wenn sie auch den noch Beschäftigten den Lohn kürzen.

Die Hauptversammlung beider Verbände fand am 19. Juni in Weimar statt. Auf der Tagung des Reichsverbandes wurde nach dem veröffentlichten Bericht beschlossen, erneut die Frage einer Neuorganisation mit dem Ziele eines engeren Zusammenchlusses zu prüfen und zu diesem Zweck die im Vorjahr unterbrochenen Arbeiten der Sachungskommission wieder aufzunehmen.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle.

Das Statistische Reichsam hat kürzlich die Ergebnisse der vorläufigen Auszählungen der Bevölkerungsbewegung in Deutschland für 1928 veröffentlicht. Gegenüber dem Vorjahr haben die Zahlen der Eheschließungen und der Lebendgeborenen zugenommen, die der Totgeborenen und Gestorbenen abgenommen, so daß sich ein noch höherer Geburtenüberschuß ergibt. Wir veröffentlichen darüber folgende Zusammenstellung:

	1928	1927
Eheschließungen	586 971	538 463
Lebendgeborene	1 182 477	1 161 719
Totgeborene	37 756	38 310
Gestorbene	739 588	757 020
Geburtenüberschuß	442 889	404 699

Auf 1000 Einwohner kamen 9,2 Eheschließungen (1927: 8,5), 18,6 (1927: 18,4) Geburten und 11,6 (1927: 12,0) Sterbefälle. Der Bevölkerungszuwachs betrug auf 1000 Einwohner 7,0 gegen 6,4 im Jahre 1926 und 12,1 im Jahre 1913. Am stärksten war 1928 der Geburtenüberschuß in Oberschlesien mit 12,6, am schwächsten in Hamburg mit 2,4, und Berlin hat sogar einen Geburtenrückgang von 1,5 auf 1000 Einwohner.

Voderung der Wohnungszwangswirtschaft in Preußen.

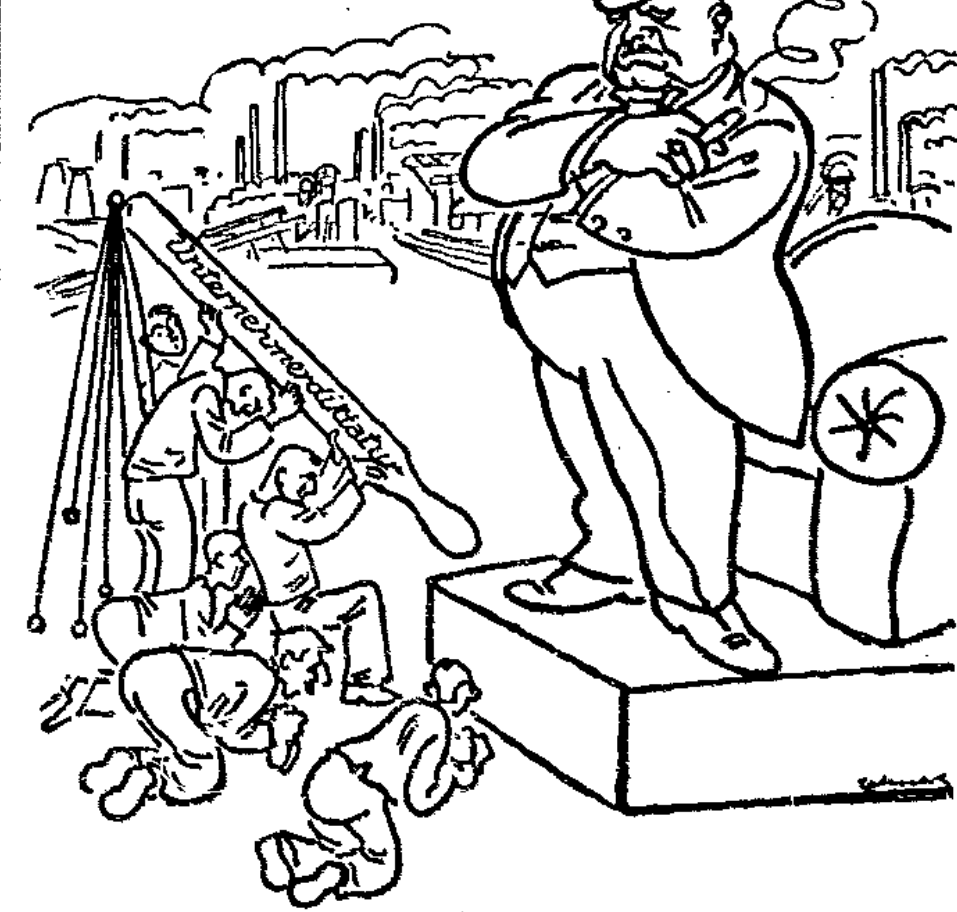
Durch eine Verordnung des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt wird die bereits früher in Angriff genommene Voderung der Wohnungszwangswirtschaft fortgesetzt, durch welche teure Wohnungen von der Wirkung des Wohnungsmangelgesetzes ausgenommen werden. Nach der neuen Verordnung gelten vom 1. Juli ab als teure Wohnungen, Wohnungen mit einer Friedensjahresmiete von:

In Berlin	2400 Mk. und mehr.
den übrigen Orten der Sonderklasse 1900	„ „ „
Ortsklasse A	1400 „ „ „
„ B	1000 „ „ „
„ C	600 „ „ „
„ D	400 „ „ „

Für den Fall des Freiwerdens einer solchen Wohnung ist der Vermieter berechtigt, sie nach Belieben zu vermieten. Auch an solche Mieter, die weder einen Wohnungsberechtigungschein noch einen Ausweis des Wohnungsamtes haben. Eine Beschlagnahme solcher Wohnungen durch das Wohnungsamt ist nicht mehr zulässig. Die Mieterschutzbestimmungen bleiben aber auch für die teuren Wohnungen in Kraft, insofern sie das freie Kündigungsrecht des Vermieters ausschließen. Die Beendigung eines Mietverhältnisses ist daher auch in Zukunft bei Wohnungen jeder Art und Größe, sofern es sich nicht um Neubauten, die ohne öffentliche Geldmittel errichtet sind, handelt, nur im Wege der Kündigung oder Aufhebungsklage unter den gesetzlich genau festgelegten Voraussetzungen möglich. Auch die Schutzbestimmungen gegen unangemessene Mietforderungen bleiben für die teuren Wohnungen in Kraft.

Eine weitere Bestimmung der Verordnung setzt die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes, die bisher für Gemeinden unter 4000 Einwohner außer Kraft gesetzt waren, nunmehr auch für Gemeinden unter 8000 Einwohnern außer Kraft. In diesen Gemeinden gelten dann nur noch die gleichen Beschränkungen wie die oben erwähnten für die teuren Wohnungen.

Scharfmachers Traum



„Die Gewerkschaften müssen auf ihre Machtmittel verzichten und dem Unternehmer das Seine geben.“



Aus dem Verbandsleben



Rheinland-Westfalen.

Der Bezirkstarifvertrag für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe ist ein Sondervertrag, bei dem der Rheinisch-Westfälisch-Lippische Tischlerinnungsverband der hauptsächlichste Vertragspartner auf Unternehmenseite ist. Für diesen Verband war die „Lohnbildung in der Heimat“ das Evangelium, das ihn seinerzeit veranlaßte, sich aus der zentralen Vertragsgemeinschaft loszulösen, der er früher angehört hat. Trotz seiner Selbständigkeit unterhält er aber enge Beziehungen zum Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, was im Laufe der mit diesem Verbands geführten zentralen Verhandlungen wiederholt zu beobachten war.

Parallel mit den erwähnten zentralen Verhandlungen liefen solche über die Erneuerung des rheinisch-westfälischen Vertrages. Als man nicht vom Fleck kommen konnte, wurde schließlich der bisherige Vertrag bis zum 1. Juli verlängert, in der Annahme, daß inzwischen eine Verständigung über den Mantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe zustande kommen werde. Daß für Rheinland-Westfalen billiger abgeschlossen würde als zentral, wurde von keiner Seite erwartet.

Nach dem zentralen Abschluß wurden die Verhandlungen für Rheinland-Westfalen am 21. Juni wieder aufgenommen. Aber wie vorauszusehen war, bildeten die Bestimmungen über die Lehrlinge ein unüberwindliches Hindernis. In dem Bericht über diese Verhandlungen, den die Unternehmer im „Tischlergewerk“ gaben, heißt es: „Die Innung hat nach der Gewerbeordnung kein Recht, mit den Holzarbeiter-Verbänden über Fragen des Lehrverhältnisses tarifvertragliche Vereinbarungen zu treffen.“ In der Reichsgewerbeordnung ist von einem solchen Verbot nichts zu finden, aber es ist schon möglich, daß sich die rheinisch-westfälischen Innungsmänner selbst ein derartiges Gesetz gegeben haben, das sie unverbrüchlich zu achten entschlossen sind. Aber gleichviel; für den Deutschen Holzarbeiter-Verband steht es ebenso unverbrüchlich fest, daß es auch für Rheinland-Westfalen keinen Tarifvertrag gibt ohne Bestimmungen über die Entschädigung und die Ferien für die Lehrlinge. Bei dieser gegenseitigen Einstellung mußten natürlich die Verhandlungen zum Plagen kommen; am 27. Juni wurden sie ergebnislos abgebrochen.

Wie bei den anderen Innungsverbänden dank der Findigkeit des berühmten Dr. Schild akut gewordene Frage der Tariffähigkeit kommt, das sei nebenbei bemerkt, für den Rheinisch-Westfälisch-Lippischen Tischlerinnungsverband nicht in Betracht. Dessen Vertreter verhandeln im Auftrage der einzelnen Innungen, von denen sie bevollmächtigt sind. Aber es sind halt Innungsmänner, in deren Kopf sich die Welt etwas eigenartig malt. Nach dem Scheitern der Verhandlungen wandten sie sich an den Schlichter mit dem Ersuchen, für die Fortsetzung der Verhandlungen Hilfe zu leisten, aber nur zum Abschluß eines Vertrages, in dem die Lehrlingsverhältnisse nicht geregelt werden. Sie waren ein wenig erstaunt, als ihnen mitgeteilt wurde, daß der Schlichter solche Geschäfte nicht machen kann. Es hat dann am 5. Juni eine „Lohnrats-Vertreterversammlung“ stattgefunden, das ist die Führung der Verhandlungen von den Innungen bevollmächtigte Körperschaft. Sie beharrte darauf, daß Lehrlingsfragen im Tarifvertrag nicht geregelt werden dürfen.

Das „Tischlergewerk“ hat die Innungsmitglieder darauf aufmerksam gemacht, daß sie mit dem Ausbruch des Streiks am 6. Juli rechnen müssen. Manchem von ihnen wird ein Stein vom Herzen gefallen sein, als dieser kritische Tag ohne besonderes Ereignis vorüberging. Aber die Tischlergesellen nehmen auf die Erwartungen der Unternehmer keine Rücksicht, sondern handeln nach ihren eigenen Beschlüssen. Inzwischen dürften auch die rheinisch-westfälischen Innungsmeister erfahren haben, daß sie sich nur in dem Zeitpunkt des Kampfbeginnes geirrt haben. Die tarifliche Regelung der Entschädigungsfrage für die Lehrlinge empfinden sie sehr bitter, aber dieser Reiz wird an ihnen nicht vorübergehen.

Holzgewerbe in Baden.

In voriger Nummer haben wir berichtet, daß unsere Kollegen in Baden zu dem Schiedspruch, der ihnen in zwei Raten eine Lohnhöhung von insgesamt 3 Pf. an der Spitze bringen sollte, am 6. Juli Stellung nehmen würden. Die Konferenz hatte das vorausgesehene Ergebnis: der Schiedspruch wurde einstimmig abgelehnt. In Ausführung der von der Konferenz gefassten Beschlüsse stellten dann auch die Kollegen in einer Reihe von Orten die Arbeit ein. Seit dem 4. Juli befinden sich in Karlsruhe, Freiburg, Baden-Dors, Wolfach, Rastatt und Singen über 1500 Kollegen im Streik. Nach dem Vorgang anderer Orte werden weitere Kollegen in anderen Orten folgen. Die Unternehmer, die im Verband der Holzindustrie vereinigt sind, hatten das nicht erwartet. Im ersten Schreden telegraphierten sie unserem Gauvorsitzer, daß sie ihn für die Folgen des Kampfes haftbar machen wollen. Auf den Gang der Dinge hat das natürlich keinen Einfluß. Auf Grund des von den Unternehmern gestellten Antrages auf Verbindlichkeitsklärung hat der Schlichter die Parteien auf den 13. Juli zu Verhandlungen geladen.



Julius Schneider.
Mitglied seit dem 29. Oktober 1889.



Anton Theiner.
Mitglied seit dem 12. Juni 1889



Emil Hildebrand.
Mitglied seit dem 1. Juli 1884.



August Knobloch.
Mitglied seit dem 1. Juli 1890.

Die ältesten Mitglieder und langjährige Funktionäre der Verwaltungsstelle Langenöls.

Lohnabkommen für das Rheingebiet.

Der Landestarifvertrag für die Holzindustrie und das Holzgewerbe im Rheingebiet erstreckt sich räumlich in der Hauptsache auf das Gebiet links des Rheins. Der Vertrag selbst ist nicht gekündigt, dagegen ist das bis zum 27. Juli geltende Lohnabkommen von unseren Kollegen gekündigt worden. Bei den am 4. Juli gepflogenen Verhandlungen wurde vereinbart, daß der Vertragslohn an der Spitze ab 27. Juli um 4 Pf., ab 1. November um weitere 2 Pf. erhöht wird.

Tischlerstreik in Wittenberg.

Das kürzlich mit der Interessengemeinschaft der Arbeitgeber des Holzgewerbes für die Provinz Sachsen, Anhalt und Umgegend abgeschlossene Lohnabkommen erstreckt sich auch auf Wittenberg (Bez. Halle). Die dortigen Innungsmeister glauben aber, daß sie es nicht nötig haben, die erhöhten Löhne zu zahlen. Da gütliches Zureden nicht zum Erfolg führte, haben am 6. Juli etwa 60 Kollegen die Arbeit eingestellt.

Langenöls. Unsere Verwaltungsstelle konnte im Juni auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken. Reich sind die Kämpfe und die Erfolge der in vier Jahrzehnten zurückgelegten Bestreide, aber auch sehr groß sind die Opfer, welche die Kollegen, die am Aufbau der Organisation mitgewirkt haben, bringen mußten. So mancher der alten Kollegen, die an der Wiege unserer Verwaltungsstelle standen, mußte infolge von Maßregelung sein Bündel schnüren. Doch die Kollegen haben sich dadurch nicht irren lassen, stetig hat sich die Verwaltungsstelle weiterentwickelt und zählt heute 900 Mitglieder, darunter 65 Jubilare, die 25 Jahre und länger dem Verbands angehören. Für wenige noch sind es, die der Organisation noch fernstehen. Der Entwicklung der Mitgliederzahl entsprechend sind auch die Erfolge nicht ausgeblieben. In dem Rückblick, den der Bevollmächtigte in der Jubiläumsversammlung gab, erinnerte er an die vier Jahrzehnte Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Heute können wir mit berechtigter Genugtuung auf die Erfolge zurückblicken. Die Feier war umrahmt von Gesangsvorträgen des Volkshors und nahm einen für alle Teilnehmer befriedigenden Verlauf.

Mit diesem Heft beginnt die Nummer 11 der 29. Wochenausgabe, die am 29. Wochenausgabe fällig

Kindereien.

Unser Verband bemüht sich um die berufliche Fortbildung der Lehrlinge, er ist auch bestrebt, ihre materielle Lage zu verbessern und sie gegen Unrecht zu schützen. Wenn er die Lehrlinge in Jugendabteilungen zusammenfaßt, dann geschieht das, um ihr Wohl zu fördern, bei ihnen Verständnis für gewerkschaftliche Solidarität zu wecken und sie zu tüchtigen Gewerkschaftern heranzubilden. Keineswegs aber dürfen die Jugendabteilungen als gewerkschaftliche Kampftruppen betrachtet werden, noch viel weniger sind sie befugt, etwa mit selbständigen Forderungen an die Unternehmer heranzutreten.

Wir waren deshalb nicht wenig erstaunt, im Rülkshausschen „Tischlergewerk“ den Abdruck einer „Protestentschließung“ zu finden, die an die Schreinermeisterinnung zu Oberhausen (Rheinland) gerichtet ist. In ihr protestiert die „Oberhausener Holzarbeiterjugend des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ gegen die Behandlung der Lehrlinge. Sie stellt eine Anzahl Forderungen auf, teilt mit, daß sie unter keinen Umständen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu arbeiten gewillt sei, und droht, unverzüglich den offenen Kampf gegen die Unternehmer aufzunehmen, wenn keine Besserung eintritt. Unterzeichnet ist das Schriftstück: „Mit revolutionärem Gewerkschafts-Jugendgruß.“ Außer der Unterschrift soll das Schriftstück auch noch den Stempel Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Oberhausen, tragen.

Wenn dieser Stempel echt sein sollte, dann liegt ein grober Mißbrauch vor. Unser Verband hat in Oberhausen keine Jugendabteilung. Die Unterzeichnung einer Kriegserklärung „mit revolutionärem Gewerkschafts-Jugendgruß“ deutet aber auf die eigentlichen Urheber des Machwerks hin.

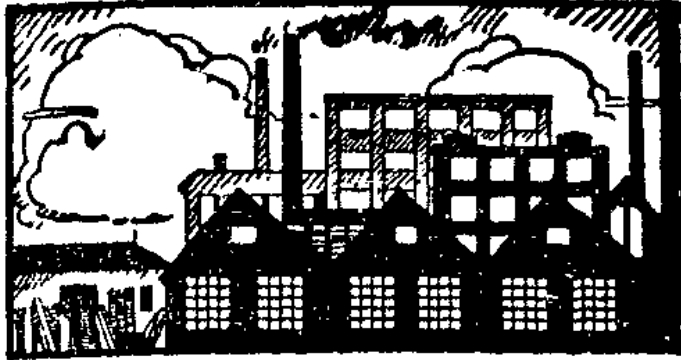
Jeder Jugenderzieher weiß, daß die Nachahmung des Treibens der Erwachsenen eine beliebte Ausfertigung kindlichen Spieltriebes ist. Eine Ausfertigung lebhafter Kinderphantasie ist es auch, wenn die Jungen in einem gewissen Alter für Räuberromantik schwärmen. Die Forderung von Lohnbewegungen ist aber eine zu ernste Sache, als daß man sie zum Gegenstand kindlichen Spieles machen lassen darf. Es dürfte angebracht sein, daß die zuständigen Stellen unseres Verbandes einmal in Oberhausen nach dem Rechten sehen, um zu verhüten, daß unter Mißbrauch des Namens unseres Verbandes mit den jungen Holzarbeitern weiterhin derartige kindliche Exerzitionen angestellt werden.

Arbeit nur durch den Arbeitsnachweis.

Unter dieser Überschrift erläßt die Ortsverwaltung Berlin in ihren „Mitteilungen“ einen Aufruf an die Kollegenschaft, in dem es heißt: „Seit Monaten ist die Zahl der im Arbeitsnachweis für die Holzindustrie eingeschriebenen Arbeitslosen fast gleich und beträgt etwa 11 000. Jeder weiß, welche Summe von Not und Entbehrung, von physischem und seelischem Leid solch gewaltige Arbeitslosigkeit in sich schließt. Die Dauer der Wartezeit ist für die einzelnen Branchenangehörigen verschieden, in manchen Branchen gestalten sich die Verhältnisse geradezu katastrophal. Mehr als je gebietet es die Solidarität der arbeitslosen wie der arbeitenden Kollegen, streng darauf zu achten, daß alle freien Arbeitsplätze nur durch den Arbeitsnachweis besetzt werden. So verteilt sich die Arbeitslosigkeit gleichmäßig und ist für den einzelnen leichter zu tragen. Die Kollegen in den Betrieben können in dieser Richtung viel tun.“

Nach einem Hinweis auf die Vertragsbestimmungen über die Arbeitsvermittlung heißt es in dem Aufruf weiter: „Hier bietet sich für die Betriebsräte und Vertrauensleute, aber auch für alle übrigen Kollegen die Handhabe, einzugreifen, wenn Arbeitskräfte „unter der Hand“ eingestellt werden. Jetzt in den Sommermonaten ist der Zuzug von auswärtig besonders stark. Immer wieder muß die Beobachtung gemacht werden, daß es den zugereister Kollegen oftmals überraschend schnell gelingt, Arbeit zu finden. Es liegt dies gewiß auch daran, daß solche Kollegen, die den Berliner Vertrag betreffs Arbeitsvermittlung umgehen, auch auf die Bezahlung des Tariflohnes keinen allzu großen Wert legen. Hier begegnen sich die Interessen der Arbeitgeber mit den geschilberten Verhältnissen. Gerade daraus erhellt aber, ein wie eminentes Interesse auch unsere arbeitenden Kollegen haben, solche Zustände mit allen Kräften zu unterdrücken.“

Der Aufruf wendet sich an die Berliner Kollegen, es erscheint aber zweckmäßig, auch die Kollegen im Reich auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß auf die Benutzung des Arbeitsnachweises in Berlin ganz besonderer Wert gelegt wird. Immer wieder wenden zahlreiche Kollegen ihre Schritte nach der Reichshauptstadt in der Hoffnung, hier leicht Arbeit finden zu können. Der starke Andrang am Arbeitsnachweis zeigt, daß diese Hoffnung vergeblich war. Wenn in dem Aufruf die Rede davon ist, daß es zugereisten Kollegen öfters überraschend schnell gelingt, Arbeit zu finden, so muß dem hinzugefügt werden, daß die Freude meist von sehr kurzer Dauer ist. In der Frage des Arbeitsnachweises bzw. seiner Umgehung verstehen die Berliner Kollegen tatsächlich keinen Spaß. Wer Unannehmlichkeiten vermeiden will, unterläßt besser den Versuch, anders als durch den Arbeitsnachweis in Berlin Arbeit zu finden. Noch besser ist es aber für Fremde, Berlin überhaupt zu meiden.



Holzindustrie



Der Tanz mit den Zünftlern.

Die Bestimmungen des neuen Mantelvertrages, welche die Kostgelder und die Ferien für die Lehrlinge betreffen, bedeuten für unsere Zünftler einen harten Schlag. Nicht daß diese Bestimmungen materiell untragbar wären. Prominente Vertreter der Tischlerinnungs-Organisationen haben ausdrücklich erklärt, daß sie materiell noch weiter gehende Zugeständnisse zu machen bereit seien, wenn sie nur nicht im Tarifvertrag festgelegt würden. Aber dieser verfluchte Tarifvertrag macht ihnen Kopfschmerzen, und er droht ihnen den letzten Rest von Verstand zu rauben.

Da ist der Reichsverband des deutschen Handwerks, die oberste Innungsbehörde. Wie hat er sich bemüht, die Tariffähigkeit der Innungen und der Innungsverbände zur Anerkennung zu bringen. Er möchte, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, die Innungen und die Innungsverbände, besonders die letzteren, als Tarifvertragspartner sehen. Ganz richtig hat man dort erkannt, daß schließlich der Kleintrauer, der nur gelegentlich einen Gesellen beschäftigt, zur Not ohne Tarifvertrag auskommen kann. Aber die Innungen wollen sich doch möglichst viele große Betriebe angliedern, für die der Tarifvertrag keine gleichgültige Sache ist. Haben doch die Gewerkschaften die unangenehme Gewohnheit, dort, wo sie durch Tarifvertrag nicht gebunden sind, den Unternehmer gerade dann mit Forderungen zu belästigen, wenn er es am wenigsten brauchen kann.

Die allgemeine Tendenz geht dahin, Tarifverträge mit einem möglichst großen räumlichen Geltungsbereich abzuschließen. Wen sollte es reizen, einen Vertrag mit einer örtlichen Innung abzuschließen, der nur für ein paar Kleinmeister gilt? Wenn man also Tarifverträge will, dann müssen schon mindestens die Landesverbände der Innungen Vertragspartner sein. Dieser Standpunkt des Reichsverbandes ist ganz richtig. Aber da kommt die fatale Geschichte mit den Lehrlingen. Seitdem die Gewerkschaften begonnen haben, die Verhältnisse durch Tarifvertrag zu regeln, erkannten die Innungen ihre heilige Mission, die Regelung des Verhältnisses als alleiniges Recht für sich in Anspruch zu nehmen. Diesen Anspruch berücksichtigte auch das Reichsarbeitsministerium, indem es in die Formel, mit der es einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärte, in der Regel den Satz aufnahm, daß die Verbindlichkeit für Verhältnissfragen nur gelte, soweit nicht durch Handwerkskammern oder Innungen innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse andere Bestimmungen getroffen sind.

Das ging ganz schön bis zu dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts, welches die Regelung der Entschädigung für die Lehrlinge durch Tarifvertrag als zulässig erklärte. Nun war bei den Innungsorganisationen Feuer unterm Dach. Die Parole wurde ausgegeben, daß die Innungen Verträge, in denen Verhältnissverhältnisse geregelt sind, nicht abschließen dürften. Aber was nun? Auf der einen Seite verlangt man von ihnen, Tarifverträge abzuschließen, auf der anderen Seite kreidet man es ihnen als Verrat an, wenn sie sich an Tarifverträgen beteiligen, in denen Verhältnissverhältnisse geregelt sind. Kein Wunder, wenn da diverse Köpfe wackeln und die Innungsführer nicht wissen, wo ihnen der Kopf steht.

Am schneidigsten ist der Nordwestdeutsche Tischler-Innungsverband unter der Führung des Dr. Schild vorgegangen. Dr. Schild pfeift auf die Wünsche des Reichsverbandes des Handwerks, dem es darum zu tun ist, die Tariffähigkeit der Innungsverbände zu sichern. Er will seinen Kopf durchsetzen. Für diesen Preis wirft er Ehre und Ansehen von sich. Mit einem Mut, um den ihn ehrliche Menschen nicht beneiden, verkündet er, daß er in Kenntnis seiner Tariffähigkeit Tarifverträge abgeschlossen und über den Abschluß neuer Tarifverträge verhandelt hat, wobei er seine Bundesgenossen und seine Gegner in den Glauben versetzte, daß er der Vertreter einer tariffähigen Organisation sei. Nun, da ihm das Ergebnis der Verhandlungen nicht paßt, erklärt er sich für tariffähig. Ja, noch mehr, dieser famose Dr. Schild rühmt sich öffentlich, daß er mit seiner erschlichenen Teilnahme an den zentralen Verhandlungen nur den Zweck verfolgt habe, das Ergebnis kaputtzuschlagen. Wir haben es bei diesem Dr. Schild mit einem recht interessanten Zeitgenossen zu tun. Immerhin hat er erreicht, daß er dauernd verhandlungsunfähig ist. Wer soll denn noch einen Menschen ernst nehmen, der so wenig Wert darauf legt, seinen Ehrenschild sauber zu halten.

Im Landesbezirk Bremen sind die zu Dr. Schild's Erfolgschance gehörigen Innungen in Bremen, Oldenburg, Uthim, Berden und Osnabrück vor das Bezirksarbitrium geladen worden, wo sie von Dr. Schild vertreten wurden. Das Bezirksarbitrium hat am 4. Juli entschieden, daß der Mantelvertrag auch für die genannten Innungen gilt. Am folgenden Tage hat dafür das Arbeitsgericht Hannover entschieden, daß der Mantelvertrag für die Tischlerinnung Hannover-Linden nicht gelte. Diese Entscheidungen haben beide keine große Bedeutung. Für die Durchführung des Vertrages

kommt es in erster Linie auf die Kraft unseres Verbandes an.

Wo die wackeren Innungsmänner diese zu spüren bekommen, machen sie mitunter ganz merkwürdige Kapriolen. In Bayern wurden in einer Reihe von Orten die geeigneten Betriebe ausgesucht und stillgelegt. Der Landesverband der Schreinermeister wußte angesichts des Streiks nicht recht, was er sollte. In einem Rundschreiben an seine Mitglieder vom 19. Juni schrieb er resigniert: „Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse erschieben wir eine Kampfmassnahme aussichtslos; die Praxis wies ferner bereits eine Bindung der Verbandsmitglieder auf, die auch bei den Arbeitgeberverbänden organisiert sind. Die Geschlossenheit der Front fehlte sonach von vornherein.“ Das haben auch unsere Kollegen gemerkt. Ein größerer Teil der Mitglieder der Schreinermeisterverbände und der unorganisierten Unternehmer gab die Unterschrift unter den Vertrag, andere wurden durch Arbeitseinstellung willig gemacht. Wer jetzt verschont wurde, wird zu passender Zeit nachgeholt. Wenn auch noch in einigen Betrieben gestreikt wird, so ist doch die Bewegung in Bayern so gut wie beendet.

In Württemberg unterstehen die größeren Betriebe dem Arbeitgeberverband und somit auch dem Vertrage. Nur die Kleinmeister, vertreten durch den Verband der Schreinerinnungen von Württemberg und Hohenzollern, verlangen eine Extrawurst. In den Verhandlungen am 27. Juni beantworteten die Meister das Verlangen nach Anerkennung des Mantelvertrages einschließlich der Lehrlingsbestimmungen mit einem stolzen „Nie!“ Als dann in einer Reihe von Orten bei den Innungsmeistern die Arbeit eingestellt wurde, da tat der Schreinermeister Siller, der Vorsitzende des Meisterverbandes, ganz erstaunt. In einem naiven Schreiben an unseren Gauvorsteher meint er, die Arbeitseinstellungen seien doch durchaus unstatthaft. Er wolle am 10. Juli einen Obermeisterstag abhalten, und dann könne man ja wieder ein wenig verhandeln. — Bei der Fortdauer und Erweiterung der Streikbewegung werden sich die Obermeister leichter davon überzeugen, daß der Vertrag mit den Lehrlingsbestimmungen auch für sie tragbar ist.

Besonders interessant liegen die Verhältnisse in Sachsen. Hier besteht der Verband sächsischer Tischlerinnungen, dessen Leiter auch zugleich den Vorstand des Reichsverbandes des Tischlergewerbes bilden. Der Tischlerinnungsverband ist korporativ dem Arbeitgeberverband angeschlossen; er hat diesem auch ausdrücklich Vollmacht zum Vertragsabschluß erteilt, und nirgends bestand ein Zweifel, daß seine Mitglieder dem abgeschlossenen Vertrage unterstehen. Erst nach dem Abschluß kam ihnen die Erkenntnis (lies Dr. Schild), daß der Verband nicht tariffähig sei. In diesem Sinne beschloß dann auch der Obermeisterstag.

Dieser Verband sächsischer Tischlerinnungen glaubt also, daß er tariffähig sei, er hat aber so wenig Vertrauen in den eigenen Glauben, daß er die Schiedsinstanzen des von ihm verleugneten Vertrages zur Entscheidung darüber anruft, ob er tariffähig sei. Wäre das nicht in dem „hellen“ Sachsen passiert, man wäre geneigt, die Geschichte für einen rechten Schwabenstreich zu halten.

Das Bezirksarbitrium hat die Entscheidung der Frage an

das Hauptarbitrium abgegeben. Dessen Obmänner haben die Parteien angehört und festgestellt, es sei unbestritten, daß der Verband sächsischer Tischlerinnungen Mitglied des vertragschließenden Arbeitgeberverbandes ist. Aber zur Entscheidung der Frage, ob der Innungsverband tariffähig sei, sind die vertraglichen Schiedsstellen nicht zuständig.

Dieser sächsische Streitfall hat eine erhebliche Bedeutung, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Ein großer Teil der sächsischen Unternehmer war bisher als Angehörige ihrer Tischlerinnung Mitglied des Arbeitgeberverbandes. An keiner Stelle bestand der geringste Zweifel, daß die Vertreter der sächsischen Unternehmer das sächsische Holzgewerbe hinter sich haben. Nun stehen diese Herren da als Offiziere ohne Soldaten. Die Zahl der direkten Mitglieder des Arbeitgeberverbandes ist nämlich, namentlich in Dresden, aber auch in den anderen Städten des Landes, nicht sehr groß. Ob und welche Konsequenzen der Arbeitgeberverband aus dieser Sachlage zu ziehen gedenkt, wissen wir nicht.

Welche Konsequenzen unser Verband zu ziehen hat, ist klar. Zunächst in Dresden und Leipzig wurden die einzelnen Unternehmer nach ihrer Stellung zu dem Vertrag gefragt. Eine ganze Anzahl will mit dem Handel nichts zu tun haben und hat die Anerkennung des Vertrages unterzeichnet. In anderen Betrieben wird gestreikt. Die Dresdener Unternehmer haben schleunigst den Schlichtungsausschuß angerufen, um zwischen dem Holzarbeiter-Verband und der Verhandlungskommission der Innungen zu vermitteln.

Am 11. Juli wurde auch vor dem Schlichtungsausschuß in Dresden nach dem uns vorliegenden Protokoll verhandelt über die „Beschwerde der Tischlerinnung Sachsen, Dresden, gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband, Gau Dresden und Gau Leipzig“. Das Ergebnis war der Beschluß, das Verfahren auszusetzen „bis zur rechtskräftigen Entscheidung des bereits anhängigen Rechtsstreites darüber, ob der Tarifvertrag vom 5. Juli 1929 auch für die dem Arbeitgeberverband des sächsischen Holzgewerbes angeschlossenen sächsischen Tischlerinnungen gilt“. Diese Entscheidung wird sicherlich sehr interessant sein, aber nur theoretische Bedeutung haben. Bis die Entscheidung gefallen ist, werden unsere Kollegen die Mitglieder der Innung schon davon überzeugt haben, daß sie die Pille schlucken müssen.

Es war vorauszu sehen, daß die Durchführung des Vertrages nicht ganz glatt vonstatten gehen würde, allerdings haben wir nicht erwartet, daß die Schwierigkeiten sich gerade in dieser Form zeigen würden. Das kommt daher, daß unsere Vertreter, von sich auf andere schließend, der Meinung waren, daß auch auf der Gegenseite ehrliche Vertragspartner säßen. Herr Dr. Schild hat uns eines Besseren belehrt. Das betrifft aber hauptsächlich seine seitherigen Bundesgenossen, die er in ein schlechtes Licht gebracht hat. Dabei wird ihm aber seine juristische Flohmaderei praktisch gar nichts helfen. Schließlich hat die Frage, ob die Innungsverbände tariffähig sind, Bedeutung für den Reichsverband des Handwerks. Uns kommt es darauf an, daß die vereinbarten Arbeitsbedingungen praktisch durchgeführt werden. Und sie werden durchgeführt einschließlich der Bestimmungen für die Lehrlinge. Dafür bürgt der Deutsche Holzarbeiter-Verband

Möbelmessen.

In der Fülle der Möbelmessen beginnen die Möbelindustriellen allmählich ein Haar zu finden. Auf der Hauptversammlung des deutschen Möbelsachverbandes, die kürzlich in Bochum abgehalten wurde, wurde diese Frage erörtert und festgestellt, daß aus praktischen Gründen nur die Beschickung der Leipziger Messe empfohlen werden könne, da diese allein die Voraussetzungen erfülle, die zu einem wirtschaftlichen Erfolg führen.

Förderung der Holzwirtschaft in Jugoslawien.

Die Holzexporte aus Jugoslawien hat im Jahre 1928 eine beachtliche Steigerung erfahren. Sie betrug im Jahre 1927 1,76 Millionen Tonnen im Werte von 1,29 Dinar und stieg im Jahre 1928 auf 2,14 Millionen Tonnen im Werte von 1,62 Millionen Dinar. Der Anteil der Holzexporte an der Gesamtausfuhr hat von 20,13 Prozent im Jahre 1927 auf 25,13 Prozent im Jahre 1928 zugenommen. Unter den Bezugsländern stand Italien seit dem Jahre 1923 mit durchschnittlich 60 Prozent an erster Stelle.

Angesichts ihrer Bedeutung ist die Holzindustrie kürzlich durch Gesetz unter Staatschutz gestellt worden. Durch das Gesetz wird der Forst- und Bergbauminister ermächtigt, zum Schutz und zur Förderung der heimischen Holzindustrie ohne Versteigerung Holz aus den Staatswäldern nur an jene Eigentümer von Sägewerken auszugeben, die jugoslawische Staatsangehörige sind, ausschließlich mit heimischem Kapital arbeiten, deren Sägen am 1. Januar 1929 bestanden haben und eine Jahreskapazität von rund 14 000 Kubikmeter technischen Holzes in Rundform besitzen, ohne Rücksicht auf die Art des Betriebes und der Einrichtung der Säge selbst. Die Versorgung erfolgt aus freien, hierfür ausgedehnten Staatswäldern nach dem Grundsatze der Dauerwirtschaft sowie in den Grenzen der Ertragsfähigkeit der Wälder, und zwar nur, wo die Rechte Dritter es erlauben. Das Schutzgesetz ist vorläufig auf die Dauer von zehn Jahren gültig.

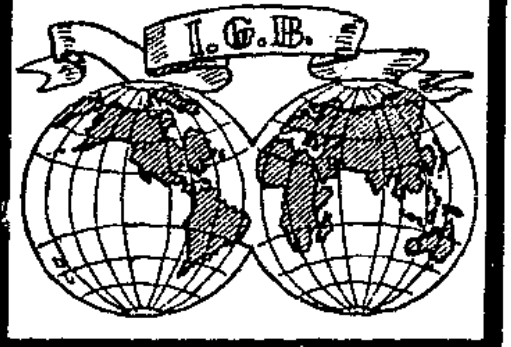
Der Schildbürger Kriegszug.



„Schuld“ und Spieß und lange Zöpfe haben diese armen Tröpfe. Lass sie nur, die guten Schwaben sollen ihre Freude haben. Mauer soll zugrunde gehn — doch die ist fest und bleibt bestehn.



Gewerkschaftsbewegung



Sagungen des I.G.B.

Ende Mai dieses Jahres hielt der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine Sitzung in Prag. Der vom Sekretär Sassenbach erstattete Geschäfts- und Kassenbericht wurde genehmigt und der Vorstand ermächtigt, einen Hilfssekretär anzustellen.

Nach der Entgegennahme des Berichts über die vom Vorsitzenden Citrine und dem Sekretär Sassenbach unternommene Studienreise nach Italien, wurde eine Entschließung angenommen, in welcher festgestellt wird, „daß eine legale, geordnete Tätigkeit freier Gewerkschaften, wie sie für zivilisierte Länder in unserer Zeit selbstverständlich ist, unter dem System des Faschismus vollständig ausgeschlossen ist. Der Ausschuss spricht den Opfern des faschistischen Terrors seine tiefste Sympathie aus und schlägt vor, daß auf die Tagesordnung des Kongresses des I.G.B. 1930 auch der Punkt „Die Probleme der Gewerkschaften in den Ländern ohne Demokratie“ gesetzt wird.“

Der Ausschuss beschäftigte sich sodann mit der inzwischen abgehaltenen Internationalen Arbeitskonferenz. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete das Referat Leiparts über die Aufgaben und die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Wirtschaft. Nach einer lebhaften und anregenden Debatte beschloß der Ausschuss, den von einer Kommission von Sachverständigen verschiedener Landeszentralen ausgearbeiteten und von Leipart als Berichterstatter unterbreiteten Entwurf als Richtlinie für die Arbeit der nächsten Zukunft anzuerkennen. Der Vorstand wurde beauftragt, die angeschlossenen Landeszentralen noch einmal aufzufordern, sich zu diesen Richtlinien zu äußern.

Über die Urlaubsfrage referierte R. Sayerle, der die Forderungen der Arbeiterschaft in einer ausführlichen, einstimmig zur Annahme gelangten, Resolution zusammenfaßte. Um den Stand der Urlaubsfrage in den verschiedenen Ländern darzulegen, führte das Sekretariat des I.G.B. eine umfassende Erhebung durch, deren Ergebnisse in einem ausführlichen Bericht vorlagen.

Der Vorschlag des Vorstandes, den nächsten internationalen Gewerkschaftskongress in der Zeit vom 7. bis 11. Juli 1930 in Stockholm abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.

Die am 5. und 6. Juli in Amsterdam abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich mit dem von einer Kommission von Sachverständigen erneut durchberatenen Entwurf der Richtlinien für die Wirtschaftspolitik des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Es wurde beschlossen, sie zusammen mit näheren Erläuterungen und einer Übersicht über die auf der Ausschusssitzung in Prag geführten Debatten in einer Broschüre zu veröffentlichen, die in möglichst vielen Sprachen gedruckt und zu einem sehr niedrigen Preise verbreitet werden soll.

Die Beziehungen zu einer Anzahl von nicht angeschlossenen Landeszentralen wurden sehr eingehend besprochen, und es wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, um diese Verbindungen zu stärken und auszubauen. In diesem Zusammenhang wurde das Sekretariat beauftragt, die nötigen Vorstudien für eine Reise nach dem Fernen Osten, d. h. nach Indien, China und Japan, durchzuführen. Über das Ergebnis dieser Erhebungen ist in einer der nächsten Vorstandssitzungen zu berichten.

Zur Durchführung der in Prag angenommenen Resolution, betr. die Einführung eines bezahlten Urlaubs für Arbeiter und Angestellte, soll eine systematische Propaganda-Kampagne eingeleitet werden. Zu diesem Zwecke wird u. a. der dem Ausschuss in Prag unterbreitete Bericht über den Stand der Ferienfrage in den verschiedenen Ländern mit den neuesten Angaben ergänzt und als Sonderbroschüre herausgegeben.

Bezüglich der auf Grund eines Beschlusses des Pariser Kongresses im Jahre 1930 vorzunehmenden Erhebung über die Arbeitszeit wurde beschlossen, zunächst die Landeszentralen zu konsultieren. Ferner wurde das Sekretariat beauftragt, vorbereitende Maßnahmen für eine Erhebung über das Schlichtungswesen zu treffen. Auf Antrag der dänischen Landeszentrale soll auch eine Erhebung über die Wochenendfrage vorgenommen werden. Die nächste Sitzung findet am 24. und 25. September in Amsterdam statt.

Der Internationale gewerkschaftliche Ausschuss für Jugend- und Bildungsfragen tagte am 25. und 26. Juni in Amsterdam. In der Sitzung des Komitees an den Vorstand des I.G.B. wird es als eine der gewerkschaftlichen Landeszentralen auftragsgemäß nicht bezeichnet, in ihren Ländern für die Durchführung der Elementarschulpflicht bis zum 14. Lebensjahr und obligatorischem Fortbildungsschulunterricht bis zum 18. Lebensjahr einzutreten. Diese allgemeine Schulbildung ist die Voraussetzung jeder Arbeiterbildung.

Über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit sollen die Landeszentralen alljährlich an den I.G.B. eingehend berichten. Das bei diesem eingehende Material soll allen

Landesorganisationen zugänglich gemacht werden. Der Besuch von gewerkschaftlichen Schulheimen soll auch ausländischen Schülern gestattet sein. Eine beachtenswerte Anregung bedeutet die Empfehlung an den Vorstand des I.G.B. und die internationalen Berufsfunktionäre, jüngeren Gewerkschaftsangehörigen die Möglichkeit zu geben, durch praktische Arbeit in den Gewerkschaften anderer Länder ihr Wissen zu erweitern. In der gleichen Richtung bewegt sich der andere Gedanke, internationale Zusammenkünfte jüngerer Gewerkschafter zu veranstalten, die von der Landeszentrale oder einem Berufsfunktionär entlarft werden. Diese Zusammenkünfte sollen als Internate durchgeführt werden und sich auf die Dauer einer Woche erstrecken. Es sollen keine theoretischen Vorträge gehalten, sondern Organisations- und Tagesfragen besprochen werden. Die erste dieser Veranstaltungen soll bereits im Jahre 1930 in Deutschland durchgeführt werden. Es handelt sich hierbei um ein recht interessantes Experiment.

Gewerkschaftliche Verbandstage.

Im Laufe des Sommers haben eine Reihe Gewerkschaften ihre Verbandstage abgehalten, über die nachstehend in Kürze berichtet sei.

Der Zimmerer-Verband hielt seinen 25. Verbandstag vom 27. bis 31. Mai in Kiel. Der Vorstand konnte von einer erfreulichen Entwicklung der Organisation berichten. Der Mitgliederstand ist von 86 150 Anfang 1926 auf 110 676 Ende 1928 oder um 28 Prozent gestiegen, und er hat damit den Höchststand zur Zeit der Inflation wieder überschritten. Ebenso günstig ist die Entwicklung des Kassenwesens. Im letzten Jahre erfuhr das Verbandsvermögen eine Zunahme um 1 868 000 Mk., es betrug am Jahresluß 5 541 000 Mk. Der Verbandstag hörte Vorträge von Dr. Franz Neumann über „Zeit- und Streitfragen aus dem Arbeitsrecht“ und von Professor Dr. Nötting über „Die neue Form der Wirtschaft“. In einer Reihe von Entschließungen nahm der Verbandstag Stellung, u. a. zur Wohnungswirtschaft und zum Wohnungsbau. Auch zur Sozialgesetzgebung wurde eingehend Stellung genommen. Der Verbandstag sprach sich für den Ausbau der Alters- und Invalidenversicherung und gegen die Errichtung von Innungs- und Betriebskrankenkassen aus. Mit großer Schärfe wandte sich der Verbandstag gegen die besondere Behandlung der „berufsüblich Arbeitslosen“ in der Arbeitslosenversicherung und die Pläne, die Saisonarbeiter von der Versicherung auszuschließen. Von den beschlossenen Satzungsänderungen ist besonders hervorzuheben der Beschluß auf Einführung der Invalidenunterstützung, der mit 152 gegen 41 Stimmen gefaßt wurde. Einen Versuch, alte Dummheiten, die vor einer Reihe von Jahren in anderen Verbänden gemacht wurden, zu wiederholen, unternahmen die kommunistischen Delegierten mit dem Antrag auf Ausschluß des früheren Verbandsvorsitzenden Schönfelder, der jetzt Polizeipräsident in Hamburg ist. Nach dem Vorschlage der Beschwerdekommision, die die erhobenen Vorwürfe untersucht hatte, wurde der Antrag abgelehnt.

Der 13. Verbandstag des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten tagte vom 28. Mai bis 1. Juni in Hamburg. Der Verband hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt und zählt über 30 000 Mitglieder. Die für die Mitglieder dieses Verbandes besonders wichtige Frage der internationalen Freizügigkeit wurde eingehend erörtert. Der anwesende Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Direktor Donau, gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine im Sinne der Wünsche der Gastwirtschaften liegende Entscheidung vom Internationalen Arbeitsamt gefaßt werde, allerdings müsse man damit rechnen, daß erst in einigen Jahren praktische Erfolge erzielt werden würden. Bei der Erörterung der Fragen des Arbeitsschutzes wurde darauf hingewiesen, daß im Arbeitsschutzgesetzentwurf auf die besonderen Verhältnisse im Gastwirtsgerwerbe hinsichtlich des Jugendschutzes und der Arbeitszeit nicht genügend Rücksicht genommen sei. In der Frage der Arbeitsvermittlung erklärte sich der Verbandstag für die ausschließliche Stellenvermittlung durch die öffentlichen Arbeitsämter. Die Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung wurde mit 45 gegen 16 Stimmen beschlossen.

Mit der Feier seines 40jährigen Bestehens verknüpfte der Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuilleer seinen Verbandstag, der vom 3. bis 7. Juni in Dresden abgehalten wurde. Am gleichen Ort wurden unabhängig voneinander im Jahre 1889 die Verbände der Sattler und der Tapezierer gegründet, die sich selbstständig entwickelten und sich erst im Jahre 1920 zu einer einheitlichen Organisation zusammenschlossen, nachdem sich bereits im Jahre 1909 die Portefeuilleer den Sattlern angeschlossen hatten. Aus Anlaß des Jubiläums hatte das Verbandsorgan eine Festnummer herausgebracht, in der besonders die alten Mitglieder geehrt wurden. Der Verband zählte am Ende des Jahres 1928 insgesamt 31 548 Mitglieder. Der Verbandstag hörte einen Vortrag von Peter Grafmann über „Die Bedeutung und die Aufgaben der Gewerkschaften in der Wirtschaft“, und

später berichtete Dr. Stahler vom Institut für Lederforschung über „Rückblicke und Rundblicke in der Ledererzeugung“. Von den beschlossenen Statutenänderungen betrifft die wichtigste die Einführung der Invalidenunterstützung, die mit 30 gegen 5 Stimmen beschlossen wurde. Der seitherige Verbandsvorsitzende Peter Blum tritt infolge seines Alters zurück. Ihm wurden zum Abschied warmempfundene Ovationen gebracht. Als sein Nachfolger wurde Gerhardt gewählt.

Der Landarbeiter-Verband, der seinen fünften Verbandstag in den Tagen vom 2. bis 6. Juni in Kiel abhielt, ist eine verhältnismäßig junge Organisation. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten wurde der Verband zu Beginn des Jahres 1909 durch die damalige Generalkommission der Gewerkschaften ins Leben gerufen. Erst die politische Umwälzung und die Befreiung der Gesindeordnung brachten ihm Bewegungsfreiheit. Für den eingetretenen Umsturz bezeichnend ist die Tatsache, daß sich unter den Gästen des Verbandstages auch Vertreter des Reichsernährungs- und des preussischen Landwirtschaftsministeriums befanden. Der Verband zählte am Jahresluß 178 000 Mitglieder. Die Landarbeiter haben außer den Schmerzen, die auch die Industriearbeiter bedrücken, noch zahlreiche andere sehr begründete Forderungen zu erheben. Es sei an die Deputatentlohnung, an die Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter erinnert. In der Arbeitslosenversicherung und in der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung nehmen die Landarbeiter, sehr zu ihrem Schaden, eine Sonderstellung ein. Alle diese Fragen fanden auf dem Verbandstag eine eingehende Erörterung. Eine interessante Aussprache knüpfte sich an den Vortrag des Verbandsvorsitzenden Schmidt über „Die Stellung des Verbandes zu der Lage der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe“. Die Forderung nach Industriearbeiterlöhnen für die Landarbeiter wurde vom Vorstandsmittglied Bernier begründet und in der Diskussion kräftig unterstrichen. Der harmonisch verlaufene Verbandstag war eine eindrucksvolle Kundgebung für das Aufstreben der Landarbeiter.

Der Verband der Buchdrucker, der seinen Verbandstag vom 24. bis 29. Juni in Frankfurt a. M. abhielt, ist eine der bestgeführten Gewerkschaften. Er zählte Ende des vorigen Jahres 83 908 Mitglieder, wozu noch 17 327 Mitglieder in der Lehrlingsabteilung kommen. Das Verbandsvermögen ist auf 8 336 964 RM. angewachsen. Nach einer sehr eingehenden Debatte wurde dem Verbandsvorstand einmütig das Vertrauen ausgesprochen. Den Einrichtungen zur Förderung des beruflichen Nachwuchses bringt der Verband lebhaftes Interesse entgegen, das kam auch in den Debatten des Verbandstages zum Ausdruck. Das Unterstützungswesen wurde weiter ausgebaut, und insbesondere wurden die Sätze der Invalidenunterstützung erhöht. Der Verbandsbeitrag wurde um 30 Rpf. wöchentlich erhöht. Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes wurde abgelehnt. Man steht der Verschmelzung der Verbände der graphischen Arbeiter (Buchdrucker, Lithographen, Buchdruckereihilfsarbeiter und Buchbinder) nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, doch will man es vorerst bei dem gegenwärtigen Zustand, dem Zusammenarbeiten im Graphischen Bund, belassen und den kommenden Zeitpunkt für die Verschmelzung abwarten. Der Verbandstag hörte Vorträge von Prof. Dr. Nötting über „Wirtschaftspolitik“ und von Peter Grafmann über die Politik des A.D.G.B. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Otto Krauß gewählt, der bereits seit dem Tode von Seig den Verband geleitet hat.

Der Verband der Kupfer- und Zinnarbeiter zählt etwa 7000 Mitglieder, er ist also ein kleiner Verband, doch umfaßt er 95 v. H. der Berufsangehörigen. Auf dem Verbandstage, der am 23. Juni in Hannover eröffnet wurde, spielte die Verschmelzung mit dem Metallarbeiter-Verband, die den Verband schon öfters beschäftigt hat, eine große Rolle. In einer angenommenen Entschließung wird der Zusammenschluß als geboten bezeichnet. Der Vorstand wurde beauftragt, Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verband zu führen und das Ergebnis einer Abstimmung zu unterbreiten.

Vom Wachstum der Gewerkschaften.

Die an Mitgliederzahl stärkste Gewerkschaft, nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt, ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Er hat seine Mitgliederzahl im ersten Vierteljahr dieses Jahres um über 13 000 gesteigert und zählte am 1. April 957 412 Mitglieder. Die Hoffnung, daß der Verband die Million noch in diesem Jahre erreicht, ist nicht unbegründet.

An die halbe Million kommt auch der Baugewerksbund heran. Sein Verbandsorgan, „Der Grundstein“, hat mit seiner Nummer 26 vom 29. Juni eine Auflage von 505 000 erreicht. Die bisher höchste Auflage mit 405 000 hatte „Der Grundstein“ in der Inflationszeit, im August 1922. Sie war in der Folge auf 300 000 heruntergegangen. Der seither erzielte Fortschritt zeigt, daß der Baugewerksbund auf dem Wege ist, den früheren Höchststand wieder zu erklimmen.

Der Fabrikarbeiter-Verband hat seine Mitgliederzahl im Jahre 1928 um fast 55 000 gesteigert; er zählte Ende 1928 477 764 Mitglieder. Auch dieser Verband dürfte es bald auf eine halbe Million Mitglieder gebracht haben,



Unterhaltung und Wissen



Erniedrigte und Beleidigte.

Gefangene.

Im Jahre 1918 waren in einem alten Tanzsaal in B. gefangene Italiener untergebracht. Sie wurden nicht besser und nicht schlechter behandelt als andere Kriegsgefangene, aber unserer Kinderphantasie erschienen gerade sie als Märtyrer, als die Träger eines ungeheueren, unfaßbaren Leides, und wir umschmückten sie mit allem Jammer und allen Glorioten des Weltkrieges.

Sie wurden als Streckenarbeiter an der Eisenbahn beschäftigt. Ihr Leben war das lichtlose Sein unfreier Menschen, war der dumpfe, freudlose Trott tagein, tagaus, den Millionen auch ohne Gefangenschaft im Frieden kennen.

Oft, fast Tag für Tag, standen wir nach Schluß am Bahnhof und warteten auf „unsere Italiener“. Wir warteten auf sie, wie man auf gute Freunde wartet, oder auf Menschen, von deren Anblick man sich nicht losreißen kann, vielleicht gerade deshalb, weil er einen zu gleicher Zeit glücklich und traurig macht.

Ich sehe sie heute noch lebendig vor mir, wie sie, je zwei und zwei geführt vom Rottenmeister, den Schienenstrang hinaufkamen: ein wenig gebückt, schweren, milden Schrittes, blecherne Mäpfe in den Händen, dumpfe Resignation und zuweilen auch düsteren Groll in den dunklen Gesichtern, so schritten sie dicht hintereinander wie willenlose Schatten ihrer selbst. Ein erschütternder Brand, den ich mir damals nicht erklären konnte, glomm in ihren Augen. Und die Blicke, die uns, elf- und zwölfjährige neugierige deutsche Jungen, trafen, waren feindselig und haßerfüllt.

Der Gedanke, daß unsere Freunde in uns Feinde sahen, war uns unerträglich, und wir beschloßen, ihnen etwas zu tun. Aber was? Pläne wurden geschmiedet, dies und das erwogen, und schließlich hatten wir es: wir mußten den armen, hungrigen Kerlen etwas zu essen schenken. Natürlich mußten wir uns dieses „Etwas“ am eigenen Mund abspaten, denn anders war nichts zu erlangen.

Und dann standen wir eines Tages freierend im nebelnden Frühjahrsregen und erwarteten klopfenden Herzens unsere Felder. Und als sie an uns vorüber schritten, als uns wieder diese namenlos verbitterten Blicke trafen, reichten wir den ersten unsere Scherflein. Sekundenlang stockte der Zug. Der Groll in den schwarzen Augen sprang um, wurde zum Erstaunen, zur Freude, zu einem Lachen, das ich nie mehr vergessen werde. Hände griffen nach unseren Gaben, klammerten sich kurz und heiß um unsere Finger, Worte, die wir nicht verstanden, sprudelten an unsere Ohren. Dann mußten sie weiter. Sie nickten uns zu und gingen plötzlich ganz gerade, fast federnd.

Die Italiener, die nach und nach auch einige Brocken Deutsch lernten, wurden uns gute Freunde. Die Jungen bekamen Widelgamaschen, Mundharmonikas und sonstige Utensilien von ihnen geschenkt, und wir wurden nicht müde, uns heimlich etwas Schbares zu verschaffen, das wir ihnen geben konnten. Was tat uns die eigene Not? Der selige Gedanke an „unsere Italiener“ machte sie uns leicht. Ein dankbares Aufleuchten ihrer dunklen Augen, ein glückvolles: „Grazie, Signore, mille Grazie, Signorina“, bezahlten wir gern mit dem heimlichen Wahren unserer eigenen Magen.

Amosen.

Auch diese Begebenheit trug sich in den Kriegsjahren zu. In unserer Klasse wurden auch einige Kinder aus dem Nachbarort unterrichtet. Größtenteils waren es die Kinder armer Landarbeiter. Auch ein Mädchen war unter ihnen, das, sooft ich denken kann, niemals Frühstück mit hatte. Ihre Eltern waren sehr arm, und sie kam oftmals bei großer Kälte ohne Strümpfe, in sehr fadenscheinigem Mantel und dünnem Sommerkleid zur Schule. Ihre großen, roten, verarbeiteten Hände formten Zahlen und Buchstaben ohne Geschick, und auch sonst war sie keine Leuchte. Wir konnten sie nicht leiden, und nur ganz im stillen keimte hier und da in einem der sonst so grausam gedankenloser Kinderherzen ein klein wenig Mitleid mit dem schüchternen Mädchen, das in den Pausen stumm und scheinbar unbewußt von allem sie umgebenden Lärm auf ihrer Bank saß. Doch jede Regung von Mitleid wurde ängstlich gehelmt gehalten, da sich niemand gern dem Spott der ganzen Klasse aussetzen wollte.

Vis eines Tages eine der älteren Schülern den Vorstoß machte, der Armen etwas vom eigenen Frühstück zu geben. Niemand widersprach, und es dauerte nicht lange, da lag unter deren Platte ein wahrer Berg Frühstücksbrot: Wurst-, Margarine- und Marmeladebrot.

Als das Mädchen nach der Pause vom Hof heraustrat und den Segen entdeckte, wurde es feuerrot und setzte sich steif und beklommen auf die Bank. Mit einem gequälten Ausdruck auf ihrem schmalen Gesicht faltete sie verlegen die Hände im Schoß. Gleich darauf trat der Lehrer ein, der Unterricht nahm seine Fortsetzung.

Nach Schluß war die Besenke unter den ersten Schülern, die das Klassenzimmer verließen. Das Brot lag unberührt im Bankfach.

Am folgenden Tag blieb sie während der Frühstückspause im Hof, ängstlich bedacht, nur ja nicht mit uns zusammenzutreffen. Und wir packten, beleidigt über ihre „Dickköpfigkeit“, das nun schon spacherige Brot in ihre Bäckertasche, so daß sie es mit nach Hause nehmen mußte.

Von dem Tage an hatte sie fast ständig Frühstück mit, eine sehr dünn geschnittene Scheibe trockenen Brotes, die sie

stummer, ohnmächtiger Qual. Mechanisch schafften die Hände, packten zu wie Schraubzwingen. Schafften und schafften, als wollten sie in dieser Stunde alle Fron der Welt zerbrechen. —

Plötzlich erhellten sich seine Züge. Ein unsichtbares und doch merkliches Lächeln glitt über sein zerfallenes Gesicht. Ich konnte den jähen Umschwung nicht begreifen; doch das Rätsel löste sich sofort: der Bauer kam die Dorfstraße herauf.

Um keinen Preis der Welt durfte der Bauer einen unzufriedenen Knecht sehen! Um keinen Preis der Welt durfte man dem Menschen seinen Kummer zeigen! Lächeln sollst du... immer lächeln... Unglücklichsein war überlebte Sentimentalität. Mutlos und verzweifelt waren nur die Schwachen, Feigen...!

Mit fadem, süßlichem Gesichtsausdruck vollendete der Knecht seine Arbeit, nahm einige Kügel des Bauern wortlos hin und wandte dann das Pferd zur Heimfahrt.

Geschenkt Kopfes trachte das Tier durch den Morast. Mit einem erschütternden Lächeln auf dem jungen, blassen, willenlosen Gesicht schritt der Knecht nebenher... Und der Regen rauschte... rauschte...
E m n y K ö m p f.

Ruhdünge — Indiens Kohle.

Obgleich Indien so viel Kohle erzeugt, daß es bereits eine gewisse Ausfuhr betreiben kann, wird doch im alltäglichen Leben dieser Brennstoff nur wenig verwendet, sondern der Hindu bedient sich seit altersher des getrockneten Ruhdüngers, der ihm reichlich zur Verfügung steht. Gibt es doch in Indien 150 Millionen Kühe, von denen die meisten im Freien herumlaufen und sich sogar mitten im dichtesten Straßengewühl bewegen. Niemand darf diese Tempeltiere fortjagen, denn sie gelten für heilig, und es wäre ein großes Verbrechen, wenn ein Hindu, auch unabsichtlich, eine Kuh töten würde. Infolge dieser Verehrung der Kuh bringt fast die Hälfte des indischen Rindviehbestandes keinen Gewinn, und man hat den Verlust, den das Land dadurch erleidet, auf 2 1/2 Milliarden Mark geschätzt. Wenn aber der Hindu auch die heiligen Kühe nicht in seinen Dienst stellen darf, so kann er doch wenigstens das Erzeugnis benutzen, das sie ihm freiwillig liefern, nämlich den Dünger, und so dient er denn überall als Brennstoff. Professor Edmund Graefe, der dieser seltsamen „Kohle Indiens“ einen Aufsatz in der Frankfurter Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, „Die Umschau“, widmet, schreibt darüber: „Zuerst fiel mir diese Verwendung in Madura auf. Hier lebten an vielen Wänden große dunkle Fladen, die ich in getrockneter Form auch an den Verkaufsständen aufgestellt sah; es war Ruhdünger. Eifrig wird das kostbare Material gesammelt, mit den Händen geformt und an die Wände der Häuser geklebt. Bei der intensiven Sonnenbestrahlung trocknet der Kuhmist bald, wird in Haufen gestapelt und kommt zum Verkauf. Überall sieht man entweder im Freien, wo z. B. ein Barbier in einer Pfanne Kuhmist verbrennt, um ein Schälchen mit Kaffee zu wärmen, in den Öfen der Wohnungen oder in den im Freien betriebenen Werkstätten die hellleuchtenden Feuer dieses Brennstoffes. Es muß sich um gewaltige Mengen handeln. Rechnet man nur, daß von der Hälfte der Kühe der Dünger gesammelt wird, und daß eine Kuh nur 200 Kilogramm Trockendünger im Jahre liefert, so kommt man schon zu Mengen von über 15 Millionen Tonnen.“ Nach den Untersuchungen Prof. Graefes ist der Kuhmist gar kein schlechter Brennstoff; er verbrennt vollkommen geruchlos und fast rauchlos. Der Heizwert kommt etwa dem des vollkommen austrockneten Torfes nahe. Der Ruhdünger behält übrigens, auch wenn er verbrannt wird, doch seine Feiligkeit; er wird nicht nur als Asche für Feilmittel benutzt, sondern die Asche ist auch in den großen Tempeln in Gefäßen aufgestellt, und die Gläubigen reiben sich beim Vorbeigehen davon etwas auf die Stirn. Manche bestreuen sich sogar mit dieser heiligen Ruhdüngerscheibe den ganzen Körper. Die Verwendung des Tierdüngers zum Heizen findet sich übrigens auch anderwärts, so z. B. in den südamerikanischen Anden, wo der Lamamist zu diesem Zwecke gesammelt wird; man schnallt dort den Lamas gleich Säckchen um, in die sie das begehrte Heizmaterial niederlegen, so daß man sich die Mühe des Einsammelns erspart.

Gottfried Keller.

Erntezeit.

Das ist die üppige Sommerzeit,
Wo alles so schweigend glüht und blüht,
Des Julis stolzierende Herrlichkeit
Langsam das schimmernde Land durchzieht.

Ich hör' ein heimliches Dröhnen gehn
Fern in der Gebirge dämmerndem Blau;
Die Schnitter so stumm an der Arbeit stehn,
Sie schneiden die Sorge auf brennender Au.

Sie sehnen sich nach Gewitternacht,
Nach Sturm und Regen und Donner Schlag,
Nach einer wogenden Freiheitschlacht
Und einem entscheidenden Völkertag!

sehr langsam ab, so daß niemand wieder auf den Gedanken kommen konnte, ihr, der Verworfenen, Mißachteten, Dummen, Brot zu schenken.

Der Knecht.

Das war wie eine Filmzene. Von einer erschütternden Eindringlichkeit, wie sie nur das Leben und die ganz großen Filmgenies zu spielen vermögen.

Es war an einem der Lusttage des vergangenen Jahres. Seit dem frühen Morgen hatte es geregnet, gleichmäßig, einschläfernd, monoton; — ununterbrochen sang der Regen sein dünnes Lied. Ich starrte mühsam auf die trübliche, morastige Dorfstraße. Gegenüber lag das unbewohnte Zwillingengebäude eines Bauern, grau, freudlos, verödet...

Da klang Pferdegetrappel durch das Regengrausen und selbstsicheres, befehlendes Rindergeschwäh. Ein magerer Gaul zog einen Wagen mit Pflügen, Eggen und sonstigem Ackergerät die Dorfstraße herauf. Der fünfjährige Bub des Bauern thronte auf dem Wagen und trieb mit seiner jungen Besenkerstimme das milde Pferd vorwärts. Nebenher lief der Knecht: barfuß in Holzpantoffeln, hemdärmelig, in grauen, schmutzigen Hosen, die erdfarbene Milche tief ins Gesicht gezogen. Sein Gang, seine ganze Haltung waren schleppend, nachlässig, unbeherrscht, und sein Gesicht — es ist ein müßiges Beginnen, dieses Gesicht schildern zu wollen: graublau, verwildert, fiedlos, freudlos, rastlos, zerfahren — ein treuer Spiegel einer gequälten Sklavenseele.

Das Gefährt hielt vor dem Gehöft. Der Knecht schloß das Tor auf, und während der Knabe wie ein kleiner König mit einem unbeschreiblich hochmütigen Ausdruck auf dem frühreifen Rindergesicht seine Handgriffe überwachte, begann er, die Ackergeräte in den Hof zu schleppen. Er schaute nicht auf, die Gegenwart des Kindes störte ihn nicht, mechanisch taten die Hände ihre Arbeit. Und der Regen strömte, strömte... Durchwachte den kleinen, abgehärteten Bauernjungen mit derselben Sorgfalt wie den Knecht und das Pferd.

Da zog das Pferd ungeduldig den Wagen an. Der Knecht schleuderte ihm ein Fluchwort zu, zeigte ihm die Fäuste, und aus seinen brennenden Augen sprühte Haß. Haß, der nicht dem Tiere galt. Sein Gesicht war plötzlich erschreckend grau und alt, der Unterkiefer schob sich vor, die Augen schrien in

met, schreibt darüber: „Zuerst fiel mir diese Verwendung in Madura auf. Hier lebten an vielen Wänden große dunkle Fladen, die ich in getrockneter Form auch an den Verkaufsständen aufgestellt sah; es war Ruhdünger. Eifrig wird das kostbare Material gesammelt, mit den Händen geformt und an die Wände der Häuser geklebt. Bei der intensiven Sonnenbestrahlung trocknet der Kuhmist bald, wird in Haufen gestapelt und kommt zum Verkauf. Überall sieht man entweder im Freien, wo z. B. ein Barbier in einer Pfanne Kuhmist verbrennt, um ein Schälchen mit Kaffee zu wärmen, in den Öfen der Wohnungen oder in den im Freien betriebenen Werkstätten die hellleuchtenden Feuer dieses Brennstoffes. Es muß sich um gewaltige Mengen handeln. Rechnet man nur, daß von der Hälfte der Kühe der Dünger gesammelt wird, und daß eine Kuh nur 200 Kilogramm Trockendünger im Jahre liefert, so kommt man schon zu Mengen von über 15 Millionen Tonnen.“ Nach den Untersuchungen Prof. Graefes ist der Kuhmist gar kein schlechter Brennstoff; er verbrennt vollkommen geruchlos und fast rauchlos. Der Heizwert kommt etwa dem des vollkommen austrockneten Torfes nahe. Der Ruhdünger behält übrigens, auch wenn er verbrannt wird, doch seine Feiligkeit; er wird nicht nur als Asche für Feilmittel benutzt, sondern die Asche ist auch in den großen Tempeln in Gefäßen aufgestellt, und die Gläubigen reiben sich beim Vorbeigehen davon etwas auf die Stirn. Manche bestreuen sich sogar mit dieser heiligen Ruhdüngerscheibe den ganzen Körper. Die Verwendung des Tierdüngers zum Heizen findet sich übrigens auch anderwärts, so z. B. in den südamerikanischen Anden, wo der Lamamist zu diesem Zwecke gesammelt wird; man schnallt dort den Lamas gleich Säckchen um, in die sie das begehrte Heizmaterial niederlegen, so daß man sich die Mühe des Einsammelns erspart.

Gelächtes aus der Kinderstube.

„Wie alt bist du, Miska?“
„Sieben und in der Eisenbahn fünf.“

„Oja, was willst du sein, wenn du einmal groß bist?“
„Natürlich eine Witwe.“

Rohrpost durch die Erde.

Von Dr. Th. Wolff (Friedenau).

(Nachdruck verboten.)

Wenn man einen geraden Schacht von einem Punkt der Erdoberfläche aus graben und diesen in gerader Linie durch den Mittelpunkt der Erde hindurch und so weit führen würde, bis er am entgegengesetzten Ende der Erde wieder herauskommt, wie würde sich dann ein Körper verhalten, den man an dem einen Ende dieses Schachtes in diesen hineinwirft? Das ist ein überaus interessantes Problem, das auch von Laien oft und gern erörtert wird. Die Meinungen über das Verhalten des hineingeworfenen Körpers gehen dabei allerdings zumeist sehr weit auseinander. Die einen behaupten, daß der Körper mit abnehmender Geschwindigkeit bis zum Mittelpunkt der Erde fallen und in diesem dann unweigerlich zur Ruhe komme; andere hingegen erklären, daß nach ihrer Berechnung der Körper nicht nur die ganze Strecke des Schachtes hindurch fallen, sondern, an dem anderen Ende angekommen, über diese hinaus noch einmal eine ebenso lange Strecke, wie der Schacht selbst ist, in die Lüfte hinaufsteigen müsse. Diese wie jene Ansicht aber ist falsch. Die Bewegung des hineingeworfenen Körpers stellt vielmehr einen Spezialfall der allgemeinen Fallbewegung dar und läßt sich aus den bekannten Fallgesetzen sehr genau berechnen.

Ein solcher wie der angenommene Schacht hätte eine Länge von 12760 Kilometer, denn so lang ist der Durchmesser unseres Erdglobus. Angenommen, der Schacht würde von Berlin aus gegraben werden, so würde er auf demselben Meridian wie unsere Reichshauptstadt, und zwar im Stillen Ozean auf einer der kleinen Inseln westlich von Neuseeland, wieder zum Vorschein kommen. Wie würde sich nun der Fall des Körpers in dieser hübschen Rohrpostanlage gestalten? An der Erdoberfläche erhält ein seiner Unterstützung beraubter Körper in jeder Sekunde eine Beschleunigung von rund 10 Meter (genauer 9,801 Meter). Im Moment des Loslassens hat er die Geschwindigkeit von 0, am Ende der ersten Sekunde eine solche von 10 Meter, also ist die Strecke, die er in der ersten Sekunde zurücklegt, das arithmetische Mittel dieser beiden Größen, also: 5 Meter. Am Ende der zweiten Sekunde hat er eine Geschwindigkeit von 20, am Ende der dritten Sekunde eine solche von 30 Meter usw., und ähnlich würde sich der in unserem Rohrpostschacht hineingeworfene Körper verhalten, solange er noch nicht allzu weit von der Oberfläche der Erde entfernt ist. Mit der wach-

den Annäherung des fallenden Körpers an den Erdmittelpunkt ändern sich diese Verhältnisse allerdings in gewisser Weise. Die Beschleunigung, die der Körper in jeder Sekunde erhält, nimmt ab und wird im Mittelpunkt der Erde selbst zu Null; die Geschwindigkeit des Körpers wächst jedoch auch weiterhin, wenn auch in anderer Weise als an der Erdoberfläche, wobei bemerkt sei, daß Beschleunigung und Geschwindigkeit sehr verschiedene Begriffe sind, die oftmals miteinander verwechselt werden. Diese Faktoren nun würden bewirken, daß der in den Schacht hineingeworfene Körper mit gewaltig anwachsender Geschwindigkeit zunächst bis zum Mittelpunkt der Erde fallen und diesen mit einer Endgeschwindigkeit von 7900 Meter in der Sekunde erreichen würde. Mit dieser gewaltigen Geschwindigkeit würde der Körper dann zunächst über den Mittelpunkt der Erde hinauslaufen und dann mit abnehmender Geschwindigkeit sich dem anderen Ende des Schachtes nähern. In diesem bis zur Oberfläche der Erde angekommen, ist seine Geschwindigkeit zu Null geworden, hat er also dieselbe Geschwindigkeitsgröße wie beim Ausgangspunkt des ganzen Falles erreicht. Infolgedessen würde der Körper von hier aus wieder zurückfallen, die zurückgelegte Strecke jetzt also in umgekehrter Richtung passieren, wieder mit wachsender Geschwindigkeit erst bis zum Mittelpunkt der Erde fallen und in diesem die bereits angegebene Höchstgeschwindigkeit von 7900 Meter erreichen und dann mit abnehmender Geschwindigkeit seinen Weg fortsetzen, bis er in Berlin wieder an der Oberfläche erscheint. Wiederum beginnt das Spiel von neuem und setzt sich in dieser Weise fort. Die ganze Bewegung ist zu vergleichen mit der Bewegung eines Pendels und ist, rein mathematisch betrachtet, sogar mit einer solchen identisch. Das Pendel schwingt zwischen zwei Höchstpunkten hin und her, hat am Anfang und am Ende jeder Schwingungsphase die Geschwindigkeit Null und erreicht im tiefsten Punkte des Schwingungsbogens seine Höchstgeschwindigkeit. Was hier die Höchstpunkte des Schwingungsbogens sind, sind in unserem Fall Anfang und Ende des Schachtes, und der Tiefpunkt der Pendelbewegung mit größter Geschwindigkeit ist in unserem Fall der Mittelpunkt der Erde, in welchem unser Körper seine Höchstgeschwindigkeit erlangt. Allerdings ist der Weg des schwingenden Pendels eine Bogenlinie, der unseres Körpers eine schnurgerade Strecke von einem bis zum anderen Ende des Schachtes, was jedoch für die Betrachtung des Bewegungsvorganges als solchen nicht in Betracht kommt. Unser Körper pendelt also in gerader Linie.

Aber noch in anderer Weise verhält sich unser Körper wie das Pendel. Ein solches setzt seine Bewegung bekanntlich nicht dauernd fort; die Schwingungsphasen werden immer kleiner, der Ausschlag des Pendels immer geringer, weil Reibungs- und Luftwiderstand allmählich die Bewegungsenergie des Pendels aufzehren, und schließlich kommt der pendelnde Körper im tiefsten Punkte seiner Schwingungslinie zur Ruhe. Soll er aber seine Pendelbewegung dauernd und mit unverminderter Größe ausüben, so muß er bei jeder Bewegung einen kleinen Impuls erhalten, der die Hemmung durch Reibung und Luft ausgleicht, und das geschieht bekanntlich bei dem Pendel unserer Wanduhren, wo die Kraft der Feder das Pendel nach jedem Gange von neuem antreibt. Auch der in unserem Schacht fallende Körper erfährt einen Widerstand, und zwar durch die Luft in dem Schacht, und dieser Widerstand wächst, je größer die Geschwindigkeit des fallenden Körpers wird. Das würde auch in diesem Falle bewirken, daß die Bewegungsenergie und ebenso auch die Fallstrecke des Körpers allmählich vermindert werden. Der an dem einen Ende des Schachtes losgelassene Körper erreicht nicht ganz das andere Ende des Schachtes; noch mehr bleibt er bei der rückläufigen Bewegung von dem entgegengesetzten Ende zurück, und das mit jedem Pendelgange mehr. So werden infolge des Luftreibungswiderstandes auch hier die Pendelstrecken immer kleiner, und schließlich müßte der Körper im Mittelpunkte der Erde zur vollkommenen Ruhe kommen. Sollte auch in diesem Falle der hineingeworfene Körper vollständig bis zum anderen Ende des Schachtes gelangen, so daß er von einem dort stehenden Manne aufgefangen werden könnte, und sollte überhaupt ein ununterbrochener Pendelbetrieb auf diese Weise stattfinden, so müßte auch hier der fallende Körper jedesmal noch einen besonderen Kraftimpuls erhalten, durch den die Verminderung seiner Bewegungsenergie und seiner Fallstrecke ausgeglichen wird. Das hätten also die Konstrukteure, wenn sie an den Bau einer solchen Rohrpostanlage gehen, sehr wohl zu berücksichtigen. Sonst aber wäre eine solche Rohrpost durch die Erde ein sehr bequemes und vor allem sehr schnelles Beförderungsmittel, denn der Körper braucht, um von dem einen bis zum anderen Ende des Schachtes zu gelangen, nur 42 Minuten und 12 Sekunden. In dieser erstaunlich kurzen Zeit also würde er von einem Ende der Erdkugel bis zum anderen fallen und damit jeden Rekord der heutigen Paketbeförderung überlegen schlagen. Ja, wenn es eine solche Rohrpost durch die Erde gäbe...

JETZT WIEDER VORRATIG:

Markentaschen für Beitragskassierer

aus bestem braunroten „Rekord-kunstleder“ mit Karton-Einlage für die einzelnen Beitragsarten.
Preis: je Stück . . . 1,40 Mark
10 Stück . . . 13.— Mark
50 Stück . . . 60.— Mark
Verlagsanstalt des Deutschen Holzarb.-Verbandes G.m.b.H. Berlin SO - Am Kölln, Park 2

Billige böhm. Bettfedern

aus reinster, gutwäsender, Sorten. — Ein Kilo graue geschlossene 3 Mk., halbweiß 4 Mk., weiße 5 Mk., bessere 6 Mk., 7 Mk., daunenweich 8 Mk., 10 Mk., beste Sorte 12 Mk., 14 Mk., weiße ungeschlossene 7,50 Mk., 9,50 Mk., beste Sorte 11 Mk. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobos Nr. 782 bei Pilsen, Böhmen.

Beiz- und Polier-Meister-Kursus der Tischler-Fachschule Köthen
Beginn 12. August
Prosp. gegen Rückporto.

Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute geschlossene Bettfedern 80 Pf., bessere Qualität 1 Mk., halbweiße flaumige 1,20 Mk., und 1,40 Mk., weiße flaumige, geschlossene 1,70 Mk., 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk.; feinste geschlossene Halbflaum-Herrschafsfedern 4 Mk., 5 Mk., 6 Mk., Rupffedern, ungeschlossene, in Flaum gemengt, halbweiße 1,75 Mk., weiße 2,40 Mk., 3 Mk.; allerfeinster Flaumrupf 3,50, 4,50 Mk. Versand jeder beliebigen Menge zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfd. an franko. Muster und Preisliste kostenlos.
S. Benisch in Prag XII, Amerika ul. Nr. 26, 180, Böhmen.

SONDERANGEBOT

Das Volkslied für Heim und Wanderung

320 Lieder mit Noten und Gitarrenbegleitung von Hermann Böse
Organisationspreis: in 2 Mark
Bestellungen sofort erbeten. Lieferung zu diesem Preise nur solange die Bestände reichen. — Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, GmbH, Berlin SO 16, Am Kölln, Park 2

Schöne Intarsien für Möbel, Schatullen

Maxim. Weiß, Leipzig, Könltr. 28

Ulmia-Hobel

Rauhbank, Putzhobel, Doppelhobel, Schlichthobel, Schropphobel Mk. 31,- frei Haus. Putzhobel mit verstellbarem Maul Mk. 5,50. Stecheisen „Kirsche“ mit Patentheften, 6 Stück Mk. 7,85. Nichtgefallendes nehme ich zurück.
M. Walther, Dresden-Neustadt Rehefelder Strasse 53.

Tischlerschule Blankenburg am Harz

Ausbildung als Meister, Techniker u. Innenarchitekt. Programm geg. Rückp.

Sprechmaschinen-Laufwerke

z. Selbst- einbauen la Doppelschneckenfederwerk (2 Stck. 30 cm Platten spielend) neust. allem Zubehör, wie Muttern, Gummiunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm Plattenteller m. Tuchbezug, Nickelklappbügelarm. Mark 26
la Aluminium-Schalldose franko nur
Tonführungsbau an Holz und Metall nach Katalog.



Versand p. Nachn. Katalog gratis u. franko an jedermann von
ROBERT HUSBERG - Neuenrade i. W. / Nr. 10

Laufwerke

la Qualität, Tonführungen aus 3 fach verleimtem Holz, höchste Resonanz bietend. Prospekte gratis u. franko von O. Elze, Sprechmaschinenfabrik Braunschweig, A. d. Petrikirche 2.

Innang-Tischler-Fachschule in Beckum (Westf.).

Prospekt frei durch die Leitmag. Möhner & Kraft.

Echt **ULMIA**
Putz- und Doppelhobel . . . 5,50 Mk.
Anderer Werkzeuge auf Anfrage
Versand per Nachnahme
Loop, Reichelt, Löbau (Sa.).

Sperrholz

in allen Holzarten, auch zugeschnittene Masse jederzeit prompt lieferbar.
F. Max Junghans, G.m.b.H., Sperrholz - Furniere - Werkzeuge Dresden-N. 15, Arsenal, Eingang A.

Betten

garantiert federdicht gestreiftes Inlett, 1/2 schläfrig, grosses Oberbett, Unterbett, 1 Kissen mit 14 Pfund grauen Federn gefüllt, zusammen 38,50 Mark. Dasselbe rot, 2 Kissen mit 16 Pfund besseren grauen Federn, 63.— Mark.

Bettfedern

graue, pro Pfund 0,95 Mark, bessere 1,50 Mark, graue Halbdaunen 3,25 Mark, weiße Federn 4,95 Mark, graue Daunen 8,50 Mark. Metallbetten und Matratzen billig. Prachtfrei. Tausende Dankschreiben. Muster und Katalog frei.
Bei Nichtgefallen das Geld zurück.
Bettfabrik Th. Kranefuss Kassel 268, Bettfederngrosshandlung u. Versand. Gegr. 1895.

290 Eisenbahn-Waggonladungen

Woll- und Baumwollwaren 500 000 Nachbes. allewege nur von meinen alten Kunden erhalte ich nachweisbar im letzten Jahre. Der natürliche Beweis der Güte und Billigkeit. Söferte Bestellungen mit auch Ihr Nutzen.
Wollen Sie Nutzen und Ersparnisse?
Dann schreiben Sie heute noch, was Sie wünschen von nachstehenden

Ausnahme-Angebot!

Nr.	Göttlich nur kurze Zeit!	Preise per Mtr.	Breite	Mtr. Pl.
10	Ungebleichtes Baumwollgewebe			
	leichte Sorte, f. einf. Gardinen	75 cm		0.16
11	Ungebleichtes Baumwollgewebe			
	etwas bessere dicht. Sorte	75 cm		0.26
12	Handtücher	solide Gebrauchsware	40 cm	0.18
13	Handtücher	solide Strapazierware	40 cm	0.28
14	Handtücher	gute Strapazierqualität	40 cm	0.38
15	Ungebleichtes Baumwolltuch	solide Sorte	75 cm	0.28
16	Ungebleichtes Baumwolltuch	fehr solide und haltbar	75 cm	0.38
17	Ungebleichtes Baumwolltuch	kräftig, fast unverwundlich	75 cm	0.48
18	Weißes Hemdentuch	etwas leichte Sorte	75 cm	0.28
19	Weißes Hemdentuch	fehr solide Sorte	75 cm	0.38
20	Weißes Hemdentuch	für gute Wäschestücke	75 cm	0.48
21	Weißes Hemdentuch	vorzügliche Qualität	80 cm	0.58
22	Hemdenflanell	Indanthrengeft. solide Sorte	75 cm	0.28
23	Hemdenflanell	und haltbar	75 cm	0.38
24	Hemdenflanell	Indanthrengeft. bessere fast unzerreißbare Sorte	72 cm	0.48
25	Zephir	für Hemden und Blusen, gute Sorte	70 cm	0.38
26	Zephir	bessere Sorte, schöne moderne Muster	70 cm	0.48
27	Wischtücher	gute Sorte, strapazierbar	45 mal 45 cm	0.98
28	Damentaschentücher	weiß, gute feinf. bellebte Sorte	per halb Dtzd.	0.78
29	Herrentaschentücher	mit schönem buntem Kante	per halb Dtzd.	0.78
Besonders vorzuziehen! Vorübergehende Abgabe!				
30	Gardinen	log. Vorhangstoff, aus pr. feinen Garnen mit schönen Indanthrenilla Streifen	69 cm	0.34
31	Makotuch	weiß, garant. rein, ägypt. für bes. feine, bessere Hemden und Wäschestücke	80 cm	0.79

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Mtr. bzw. bis 20 Dtzd. an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme v. 10 Mk. an; ab 20 Mk. portofrei. Wenn trotz der Billigkeit und Güte etwas nicht entspricht, oder meine Waren mit Rückzahl auf die guten Qualitäten nicht bedeutend billiger als anderswärts befunden werden, bezahle ich den vollen Betrag zurück.

Josel Witt, Weidner 392 Oberpf. Eigenes mech. Weberei.
Größtes Spezial-Versandgeschäft der Art Deutschlands.

Alles fährt LINDCAR

Kleinste RATEN Ohne ANZAHLUNG

LINDCAR FAHRRADWERK AKTIENGESellschaft BERLIN - LICHTENRADE

UNTERNEHMEN DER GEWERKSCHAFTEN

Auskunft und Bestellung durch die Verhandlungs- oder Ortsausschüsse des ADUB.

Hobelbänke,
la Qualität, süddeutsche Ausführung, Blatt u. Gestell ged. trock. Buchenholz, 200 cm Blattlänge, mit Stahlspindeln, zum Reklamieren von 95 Mk. mit Verpackung frei jeder Station. Abbildungen gratis. Werkzeugprospekte gegen 20 Pf. Briefmarken. Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Strasse 53.

Hobelbänke 75 RM
2 m lg., la Qualität, Blatt beste ged. Rotb. Stahlsp., kompl. Preisl. gratis. Karl Ramisch, Pirna, Artilleriekasernen